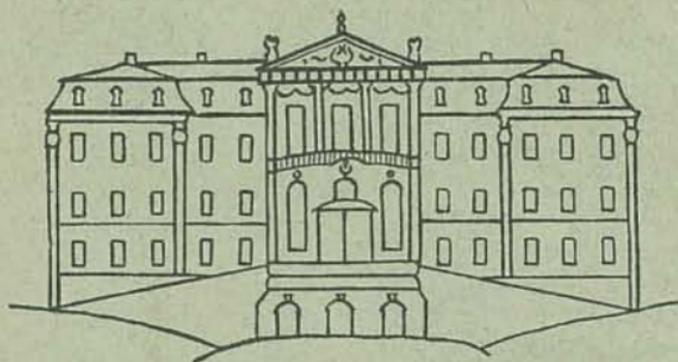


Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Zwanzig Jahre
demokratische Bodenreform



140

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Wolfgang Heyl

Zwanzig Jahre
demokratische Bodenreform

1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 73/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	7
1. Die historische Notwendigkeit der Bodenreform	8
2. Ein jahrhundertealtes Unrecht wurde getilgt	10
3. Die demokratische Bodenreform entsprach den Forderungen der christlichen Bauern	12
4. Die Reaktion plant Restauration	16
5. Sieg der demokratischen Mehrheit in der CDU	26
6. Der innerparteiliche Klärungsprozeß geht weiter	31
7. Die VdgB blieb in den richtigen Händen	33
8. Rücksichtnahme auf „gesamtdeutsche Belange“?	35
9. Der Aufschwung bewies die Richtigkeit unseres Weges	37
Lehren	40
Quellenhinweise	45

Vorwort

20 Jahre ist es her, seit mit der demokratischen Bodenreform im Osten Deutschlands ein altes Unrecht an den landlosen und landarmen Bauern wiedergutmacht und entsprechend den jahrhundertelangen Forderungen der Bauern der Boden endlich denen zu eigen gegeben wurde, die ihn schon immer bebauten. Indem die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, geführt von der Arbeiterklasse, die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus auch auf dem Lande zerschlugen und damit eine wesentliche Voraussetzung für die demokratische Entwicklung und den friedlichen Neuaufbau schufen, verwirklichten sie eine der Hauptforderungen des Potsdamer Abkommens an das deutsche Volk.

Wir können mit Freude und Genugtuung feststellen, daß damals und in den zwanzig Jahren danach zu jeder Zeit Unionsfreunde mit in der vordersten Reihe standen, wenn es galt, der politischen und ökonomischen Entwicklung Rechnung tragend, dem Neuen, Zukunftweisenden auf dem Lande zum Siege zu verhelfen.

Heute gilt der Dank unserer Partei allen Mitgliedern, die die agrarpolitische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik mitgestalteten – angefangen von der demokratischen Bodenreform bis zur Vollendung der Bauernbefreiung durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande – und die heute dabei sind, im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution die Entwicklung der Landwirtschaft zu einem modernen Zweig unserer Volkswirtschaft zu vollziehen.

Unser Dank gilt allen Geistlichen und leitenden Kirchenmännern, die in diesen zwanzig Jahren die christlichen Bauern in der DDR ermutigten, den Weg des gemeinsamen Wirkens, eines dem Wesen der christlichen Ethik entsprechenden Füreinanders zu gehen: damals zur Bodenreform, dann beim Zusammenschluß zur genossenschaftlichen Produktion, heute bei der Festigung der Zusammenarbeit in den LPG.

Unser Dank gilt der Partei der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den Bauern und allen anderen fortschrittlichen Volkskräften deren jahrhundertelange Forderungen nach Bodenreform erfüllte, mit der kompromißlosen Entmachtung der Junker und Großgrundbesitzer Grundlagen für die friedliche und demokratische Entwicklung im Osten Deutschlands schuf

und die Möglichkeiten für eine Restauration der kapitalistischen Verhältnisse auf dem Lande beseitigte.

Das einmütige Handeln der Volksmassen bei der Bodenreform bildete einen der Grundsteine für die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung der DDR. So schuf auch der Kampf um die demokratische Bodenreform Voraussetzungen, aus denen später die große Volksbewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland erwuchs. Heute ist diese Einmütigkeit im Denken und Handeln aller Bürger auf allen Gebieten und Ebenen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates weitgehend zur Selbstverständlichkeit geworden. All unser Wirken zielt darauf ab, durch die Vollendung des umfassenden Aufbaus des Sozialismus allen unseren Bürgern ein Leben in Frieden, Wohlstand und Glück zu sichern. Wenn wir auf die zwanzigjährige Entwicklung seit der demokratischen Bodenreform zurückblicken, können wir mit stolzer Genugtuung feststellen, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre historische nationale Mission immer erfüllt hat.

Unserem friedlichen, demokratischen Aufbauwerk steht die antidemokratische, imperialistische Entwicklung in Westdeutschland gegenüber. Entgegen den Forderungen der fortschrittlichen Kräfte des Volkes, im Widerspruch zu den Festlegungen des Potsdamer Abkommens, blieben die Positionen der Monopole und des Militarismus, wie in allen Sphären des öffentlichen Lebens, so auch auf dem Lande unangetastet. Sie wurden von den alten Verderbern Deutschlands restauriert und zum staatsmonopolistischen Herrschaftssystem ausgebaut. Von der werktätigen Bevölkerung sind es in besonderem Maße die Klein- und Mittelbauern, die am brutalsten der revanchistischen und imperialistischen Politik geopfert werden.

Die Zusammenarbeit aller antiimperialistischen, antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der damaligen sowjetischen Besatzungszone verhinderte die Bestrebungen der kapitalistischen Kräfte, die alten Macht- und Besitzverhältnisse zu restaurieren. Als diese verjagt wurden — wie z. B. Hermes, Schreiber, Kaiser, Lemmer —, setzten sie in Westdeutschland ihre volksfeindliche Politik fort. Das war nicht von ungefähr. Denn dort waren ihre Gesinnungsfreunde in ihren Positionen geblieben, dort konnten die von den Volksmassen im Osten Deutschlands Verjagten die Politik, die sie bei uns nicht verwirklichen konnten, zum Schaden der ganzen Nation, unterstützt von den westlichen Besatzungsmächten, betreiben.

Zwei Wege in Deutschland — auch das Für und Wider um die Bodenreform charakterisiert sie. Die demokratischen Kräfte im Osten Deutschlands haben stets aus nationaler Verantwortung gehandelt.

Einleitung

Die demokratische Bodenreform war der erste revolutionäre Sieg der deutschen antifaschistisch-demokratischen Kräfte nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus. Mit der Entmachtung der Junker und Großgrundbesitzer, der Vertreter des deutschen Imperialismus und Militarismus auf dem Lande, leitete sie die Bauernbefreiung ein. Gemeinsam mit der Enteignung der Industriemonopole und der Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates schuf die demokratische Bodenreform Voraussetzungen für eine friedliche, demokratische Entwicklung im ganzen Lande.

Der von der Arbeiterklasse konsequent vollzogenen Bündnispolitik verdanken die Bauern die Erfüllung ihrer jahrhundertelangen Forderungen nach eigenem Grund und Boden, wie sie schon vor über 400 Jahren im großen Deutschen Bauernkrieg erhoben und niemals, weder von der unvollendet gebliebenen bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 noch im Jahre 1918, verwirklicht wurden. Dem Kampf um eine umfassende Bodenreform blieb in diesen vier Jahrhunderten deshalb der Erfolg versagt, weil es noch keine einheitlichen Aktionen der Bauern mit den anderen fortschrittlichen Volksmassen gegen die Kräfte der Reaktion gab.

Es kennzeichnet das nationale Handeln der Arbeiterklasse und ihrer Partei, daß sie ihre Hegemonie im Osten Deutschlands dazu gebrauchte, als eine der ersten Maßnahmen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung das Verlangen der Bauern zu erfüllen und damit dem wichtigsten objektiven Erfordernis zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution zu entsprechen. Das festigte das Bündnis zwischen diesen beiden Klassen und schuf wesentliche Voraussetzungen für die Herausbildung der ersten Arbeiter-und-Bauern-Macht in der deutschen Geschichte.

Die Voraussetzung dafür schuf der Sieg der Sowjetunion und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbündeten Völker über den deutschen Faschismus. Die Befreiung unseres Volkes gab ganz Deutschland die Chance zu einer Wende in der nationalen Entwicklung. Diese Wende war jedoch nur möglich durch die gemeinsame Wirksamkeit aller demokratischen Kräfte bei der Zerschlagung der Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus.

1. Die historische Notwendigkeit der Bodenreform

Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1939 gab es auf dem Territorium der heutigen Deutschen Demokratischen Republik 572 900 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Betriebsfläche von insgesamt 8 960 400 Hektar. 29,7 Prozent dieser Fläche, das sind 2 658 600 Hektar, wurden von rund 6300 Betrieben (= 1,1 Prozent der Gesamtzahl) mit einer Größe über 100 Hektar bewirtschaftet. Dagegen bewirtschafteten 414 500 Bauern mit Betrieben zwischen 0,5 und 10 Hektar (= 72,4 Prozent aller Betriebe) nur 1 863 800 Hektar. Die 66fache Zahl von Bauern unter 10 Hektar besaß also vergleichsweise nur rund sieben Zehntel jener Betriebsfläche, die im Besitz der Junker und Großgrundbesitzer, der Finanzmonopole und Industriekonzerne war. Welch schreiende Ungerechtigkeit!

Wir wissen, daß die Junker und Großgrundbesitzer im Osten Deutschlands zu den aktivsten Verfechtern des deutschen Imperialismus und Militarismus gehörten, die Stütze der Monopole auf dem Lande bildeten. Vor allem aus ihren Familien rekrutierte sich die reaktionäre Führerkaste des preußisch-deutschen Militarismus, der durch seine Expansionskriege immer wieder so viel namenloses Leid über das deutsche Volk und seine Nachbarn gebracht hat.

Wie allein die mecklenburgischen Junker den deutschen Militarismus kadermäßig stärkten, soll folgendes Beispiel zeigen: Die Sippe derer von Bülow besaß 3564 Hektar. Nach dem „Adligen Taschenbuch 1942/a“ stellte diese alte mecklenburgische Junkerfamilie allein in der Zeit von der Jahrhundertwende bis 1945 dem deutschen Militarismus folgende Kader:

- 1 Generalfeldmarschall,
- 8 Generale,
- 9 Obersten,
- 11 Oberstleutnante,
- 112 höhere Offiziere.

Von den sechs Heeresgruppen, mit denen der Hitlerfaschismus 1939 den Überfall auf andere Völker begann, wurden vier von Generalen kommandiert, die dem Landadel entstammten. Von den 38 Generalen im Oberkommando der Wehrmacht war fast jeder zweite adliger Abstammung. Die junkerliche Offizierskaste bildete den Kern aller militärischen Verbände.

Die Herrensitze der Junker und Großgrundbesitzer waren ein Sammelbecken konterrevolutionärer Banden, wie der Freikorps, der Kapp-Putschisten, der „schwarzen Reichs-

wehr“, die sich nicht zuletzt auch gegen die Landarbeiter und Kleinbauern richteten.

Eine gewaltige politische Macht konzentrierte sich auf dem Lande in den Händen einiger weniger. Diese Brutstätte der Reaktion, der ständig zum Krieg strebenden Kräfte zu tilgen war eine der vordringlichsten Aufgaben. Ihre Entmachtung war nur dadurch möglich, daß ihnen auch die ökonomische Basis entzogen wurde. Nur so wurde der Weg frei für die Überwindung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rückständigkeit auf dem Lande.

Nirgendwo war die Zurückgebliebenheit des Dorfes so typisch wie unter der feudalistischen Herrschaft der ostelbischen Junker. Einklassenshulen, von den Landarbeitern und kleinen Bauern als „Holzpantoffel-Gymnasien“ bezeichnet, vermittelten den Kindern gerade soviel Wissen und Kenntnisse, wie sie als spätere billige Arbeitssklaven der Großgrundbesitzer benötigten. Denen genügte es, wenn „zwei Ochsen vor dem Pflug und einer hinter dem Pflug“ gingen, ja mehr noch: Die Landarbeiter wurden durch die Junker und Großgrundbesitzer absichtlich in Unwissenheit gehalten, damit sie nicht die gesellschaftlichen Zusammenhänge erkannten, daraus Schlußfolgerungen zogen und aus der richtigen Erkenntnis die Macht der herrschenden Klasse anzutasten versuchten. Deshalb unternahmen die Monopolisten in Landwirtschaft und Industrie auch alles, um Zwietracht zwischen den Landarbeitern, den Klein- und Mittelbauern einerseits und der Industriearbeiterschaft andererseits zu säen und das Bündnis der von ihnen gemeinsam Unterdrückten und Ausgebeuteten zu verhindern.

Hinzu kam, daß die deutschen Imperialisten mit ihren völgeligen Ideologien die Köpfe vieler Bauern und Landarbeiter vergiftet hatten. Erinnert sei nur an die faschistische Erbhof-Ideologie und an die Phrase „Blut und Boden“. Unter der Parole vom „Volk ohne Raum“ versuchten die imperialistischen Großgrundbesitzer im Bunde mit den Monopolisten der Industrie und den alten militaristischen Kräften, ihren Landhunger zu befriedigen und dazu auch die landlosen und landarmen Bauern in ihre Expansionsbestrebungen einzubeziehen, indem sie ihnen im Osten Europas – also in Polen und der Sowjetunion – Land versprochen. Damit wollten sie zugleich von den jahrhundertelangen Forderungen nach Aufteilung des Großgrundbesitzes in Deutschland, der den deutschen Bauern durchaus genug Raum zur eigenen Existenz und freien Entfaltung bot, ablenken. Hunderttausende Landarbeiter und Bauern fielen dieser imperialistischen Politik zum Opfer und verloren in zwei Weltkriegen ihr Leben, büßten Hab und Gut, Land und Hof ein.

Nicht weniger schwer als dieses politisch-moralische Erbe wog das materielle, das der faschistische Krieg dem deutschen Volk hinterlassen hatte: zerstörte Dörfer; ausgelagte, verwüstete und verminte Felder; stark dezimierte Viehbestände. Hatten doch die Großgrundbesitzer auf ihrer Flucht einen Großteil des lebenden und toten Inventars – vor allem Pferde, Traktoren, Wagen und ganze Viehherden – nach dem Westen verschleppt.

2. Ein jahrhundertealtes Unrecht wurde getilgt

Auf diesem geistigen, sittlichen und materiellen Trümmerhaufen galt es eine neue Ordnung aufzubauen. Als erste Partei trat die KPD am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf vor das deutsche Volk, in dem sie u. a. die Liquidierung des Großgrundbesitzes und die Übergabe des Landes an die landlosen und vom Krieg geschädigten Bauern forderte. Damit begann die KPD, die Agrarfrage im Sinne der historischen Mission der Arbeiterklasse zu lösen, und entfachte eine begeisterte Volksbewegung, an der sich gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften auch die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union, vor allem die auf dem Lande, beteiligten. Die jungen Ortsgruppen unserer Partei auf dem Lande sahen eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, aktiv bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform und der Festigung ihrer Ergebnisse mitzuarbeiten, weil jahrhundertealtes Unrecht an den landarmen und landlosen Bauern getilgt, die Unterdrückung der Bauern durch die Junker und Großgrundbesitzer beseitigt und den Umsiedlern eine neue wirtschaftliche Existenz und damit eine neue Heimat gegeben wurde.

Schon vor Beginn der Bodenreform waren durch die Sowjetische Militäradministration und durch die demokratischen Verwaltungsorgane in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die faschistischen Gesetze, die die Bauern knebelten, aufgehoben worden, wie z. B. das Erbhof-Gesetz. Die Organisation des nazistischen Reichsnährstandes wurde zerschlagen. Das System der totalen Zwangsablieferung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurde durch ein differenziertes Ablieferungssystem ersetzt; durch die Einführung des Verkaufs „freier Spitzen“ auf freien Bauernmärkten wurden die Bauern an einer möglichst hohen Produktion interessiert. Die erste Friedensernte wurde durch eine umfassende Unterstützung durch die Bevölkerung, vor allem mit Hilfe vieler Tausender Industriearbeiter, eingebracht; dabei bewährten

sich die neuen, demokratischen Selbstverwaltungsorgane erstmalig bei der Organisierung einer großen Massenaktion.

Diesen ersten Schritten der Demokratisierung folgte nun die durchgreifende Veränderung der sozialökonomischen Struktur und der politischen Verhältnisse auf dem Lande durch die demokratische Bodenreform. In ihrem Verlaufe wurde der reaktionäre Großgrundbesitz zerschlagen. Bis zum endgültigen Abschluß der Bodenreform wurden entschädigungslos enteignet:

- 7 160 Großgrundbesitzer, die 2 517 357 Hektar Land besaßen,
 - und
 - 4 357 Nazi-Aktivisten und Kriegsverbrecher, die über 131 742 Hektar Land verfügten.
- Durch die demokratische Bodenreform erhielten
- 119 121 Landarbeiter und
 - 91 155 Umsiedlerfamilien Boden und Inventar für neue Wirtschaften;
 - 125 716 landarme Bauern und Kleinpächter bekamen zusätzliches Land zur Erweiterung ihrer Wirtschaften;
 - 39 838 Altbauern erhielten Wald, mit dem sie ihre Wirtschaftlichkeit stärkten.¹⁾

Insgesamt erhielten also 357 830 Familien aus 11 517 enteigneten Betrieben Ackerland, Wiesen, Wald und Inventar.

Das lebende und tote Inventar der enteigneten Betriebe wurde aufgeteilt. Die Hauptmasse davon erhielten die Neubauern; aber auch die landarmen Bauern und Kleinpächter wurden bedacht, damit sie bessere materielle Voraussetzungen zur Führung ihrer Betriebe bekamen. Insgesamt wurden u. a. an die Bauern verteilt:

- 52 802 Pferde,
- 132 495 Stück Rindvieh, davon
- 76 130 Kühe,
- 54 166 Schweine,
- 201 515 Schafe und Ziegen;
- 52 678 Pflüge,
- 41 772 eiserne Eggen,
- 27 260 Kultivatoren und Häufelpflüge,
- 7 581 Rüben- und Kartoffelerntemaschinen,
- 14 301 Mähmaschinen.¹⁾

Die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe (aus ihnen ging 1946 die VdgB hervor) erhielten zur gemeinschaftlichen

Nutzung neben Zug- und Zuchtvieh vor allem landwirtschaftliche Maschinen und Geräte:

- 6 004 Traktoren,
- 1 187 Lokomobilen,
- 12 281 Elektromotore,
- 450 Lastwagen und Schlepper,
- 5 546 Dreschmaschinen,
- 10 884 Pflüge,
- 18 622 Mähdrescher und Landmaschinen.¹⁾

Ausgenommen von der Enteignung war neben kommunalem Besitz und dem Eigentum von Versuchs- und Lehranstalten, Universitäten, Schulen und dergleichen der Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer.

Für immer aber verschwanden die Wirtschaften der Großgrundbesitzer, die zwar nur 1,1 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ausmachten, aber 29,7 Prozent der Betriebsfläche bzw. 28,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 29,6 Prozent der Ackerfläche umfaßten. Darüber hinaus wurde auch eine erhebliche Anzahl von Staatsdomänen aufgeteilt, um Landarbeitern eine eigene und Umsiedlern eine neue wirtschaftliche Existenz zu geben. Neu gebildet wurden rund 600 volkeigene Güter, deren Aufgabe es vor allem war, die Versorgung der werktätigen Bauern mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut sowie Zuchtvieh zu gewährleisten.

Durch die demokratische Bodenreform wurde die Klassenposition der werktätigen Bauern entscheidend gefestigt. Die Zahl der Betriebe zwischen 0,5 und 20 Hektar stieg von 509 800 im Jahre 1939 auf 685 700 (1946) und erreichte schließlich 739 700 (1951). Bewirtschafteten diese Betriebe 1939 nur 40,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, so waren es 1946 bereits 63,1 Prozent und 1951 schließlich 69,6 Prozent. Der Anteil der Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche zwischen 5 und 10 Hektar verdreifachte sich und nahm damit in besonderem Maße zu.

3. Die demokratische Bodenreform entsprach den Forderungen der christlichen Bauern

Viele Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union sahen in der entschädigungslosen Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer durch die demokratische Bodenreform die Verwirklichung der jahrhundertealten Forderung nach Landaufteilung in Übereinstimmung mit den Forderungen und dem Geist des Gründungsaufrufs der CDU.

Weit über tausend Unionsfreunde wirkten aktiv in den Bodenkommissionen mit. Das war in der damaligen Situation sehr viel, denn unsere Partei war gerade erst gegründet worden, und auf dem Lande ging der organisatorische Aufbau der Ortsgruppen langsamer vor sich als in den Städten. Aber diese breite Mitarbeit zeugt davon, in welchem großen Maß die fortschrittlichen Christen bereit waren, mit der Zerschlagung des Großgrundbesitzes den Weg für eine demokratische Entwicklung zu ebnen. Tausende weitere Mitglieder der CDU und parteilose Christen nahmen aus den Bodenfonds Land sowie Vieh und Gerät in Besitz und wurden damit ebenfalls zu Kämpfern für die Durchführung und Festigung der demokratischen Bodenreform. Mit welcher großer Begeisterung Mitglieder unserer Partei an der Bodenreform mitwirkten, wird aus den Worten von Unionsfreund Gerhard Hahn, damals Vorsitzender der Bodenreformkommission, heute Vorsitzender der LPG in Cammin (Kreis Rostock-Land), deutlich:

„Die Bodenreform wurde von allen, aber auch von allen in unserem Dorf sehr begrüßt. Ganz besonders von den Umsiedlern und den Bauern, die keine Bauernstelle hatten. Sie wurde von allen begrüßt, die arbeiten und wieder friedlich aufbauen wollten. In dieser Begeisterung kamen die Miesmacher bei uns überhaupt nicht zur Geltung.“²⁾

Unionsfreund Franz Eisele kam als Umsiedler nach Eichenbarleben bei Magdeburg, wo er zunächst als Landarbeiter bei einem Bauern für 27 Pfennig Stundenlohn arbeitete. Auch für ihn, wie für Hunderttausende Umsiedler, war die Bodenreform ein Neubeginn:

„Ich meldete mich auch, um eine Neubauernstelle zu erhalten, und bekam 5 Hektar Land. Ich war glücklich und froh, wieder Boden selbst bewirtschaften zu können. Wir Neubauern waren stolz darauf und freuten uns, daß wir eine Regierung hatten, die uns Landarbeitern und Kleinbauern von früher Land gab, auf dem wir selbständig als Bauern arbeiten konnten.

Wir erhielten, weil sehr viele katholische Menschen in unser Dorf kamen, einen Pfarrer aus Haldensleben. Er fragte mich: ‚Warum treten Sie so für die Bodenreform ein?‘ Ich sagte ihm: ‚Wir waren zu Hause als kleine Landwirte Spielball des Großgrundbesitzers. In unserer Lehre Christi heißt es: Gebt den Armen! Wir sind arm genug, und wir wollen nicht mehr vom Großgrundbesitzer ausgebeutet werden, sondern Grund und Boden erhalten, den wir mit Fleiß bearbeiten können, um für die Allgemeinheit, für jeden Menschen Brot zu schaffen.“²⁾

Viele Geistliche, die eng mit den Bauern verbunden waren und ihre Sorgen und Nöte in der Vergangenheit kannten, beteiligten sich unmittelbar an der Aufteilung des Großgrund-

besitzes an die Landarbeiter, landarmen Bauern und Umsiedler, wie zum Beispiel der evangelische Pfarrer Unionsfreund Walter Krause in seiner Heimatgemeinde Göttlin, Kreis Rathenow. Pastor Wegner wirkte in Gornow, Klein-Bölow und Fahrenholz, Kreis Rostock. In den Gemeinden Groß-Schönfeld, Watzkendorf und Quadenschönfeld im Kreis Schwerin war es Pfarrer Mützke und in Alt-Pölschow und Spotendorf, Kreis Güstrow, Pfarrer Eichler, die bei der Aufteilung des Großgrundbesitzes mithalfen, um nur einige zu nennen. Vielen bekannt ist ein historisches Foto, auf dem Superintendent Siegert in Bredentin, Kreis Güstrow, in Anwesenheit des damaligen Landrates Bernhard Quandt bei der Aufteilung der Neubauernstellen einen Grenzpfahl einschlägt.

Viele weitere Geistliche und Kirchenführer unterstützten und ermutigten die christliche Landbevölkerung bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform.

So wendete sich der Oberkirchenrat der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs in einer Erklärung, die auch vom jetzigen Bischof D. Dr. Beste unterzeichnet ist, an alle Neubauern. Darin wird auf die Bedeutung der Bodenreform und auf die Verpflichtungen, die sich aus der Landnahme für die Neubauern ergeben, hingewiesen. Es heißt dort:

„Wer ein neues Stück Land bekommt, der hat damit die Verantwortung, nicht nur für sich und die Seinen zu sorgen, sondern an seinem Teil für unser ganzes Volk das Brot zu schaffen, damit Hunger und Seuchen den Städten und Dörfern ferngehalten werden und alle das bekommen, was sie zur Ernährung brauchen.“⁴³⁾

In ähnlicher Weise wandte sich die Synode der brandenburgischen Landeskirche an die Öffentlichkeit, insbesondere die Christen, die als Neubauern Land erhalten hatten:

„Die Aufteilung der Güter, die jetzt im Gange ist, bedeutet für die Provinz Brandenburg eine Umwälzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie in diesem Ausmaße kaum je erlebt worden ist. Die Synode begrüßt es, daß landarmen und landlosen Bauern und Arbeitern, insbesondere solchen, die aus den Gebieten östlich der Oder zu uns gekommen sind, Land zum Siedeln verschafft wird und daß sie auf diese Art vor Wurzellosigkeit und Heimatlosigkeit bewahrt werden...“

Wir bitten die, die jetzt Land erhalten, sich der Verpflichtung bewußt zu sein, die sie damit übernehmen: Es gilt nicht nur, für sich und die Seinen zu sorgen, Ihr tragt jetzt mit entscheidend an der schweren Verantwortung, daß dem deutschen Volk sein tägliches Brot werde...“⁴⁴⁾

Bei der Aufteilung des Gutes des Großgrundbesitzers in Klein Roge, Kreis Teterow, erklärte Pfarrer Caspari:

„Ich weiß die Bedeutung des Augenblicks aus vollem Herzen zu schätzen. Am eigenen Leibe habe ich erfahren müssen, was Nationalsozialismus für das deutsche Volk bedeutet hat. Selbst ein Bauernsohn, verstehe ich die Freude, endlich Herr auf eigener Scholle zu sein. Von der Bodenreform ist viel geschrieben worden, doch heute sehen wir die Tat. Heute scheint die Sonne für uns, möge sie bald über ganz Deutschland scheinen.“⁴⁵⁾

In einer öffentlichen Stellungnahme bekundeten die Pfarrer Hahn und Rhode aus Hettstedt:

„Die Bodenreform ist ein Problem, das schon seit Jahrzehnten in der Presse und der Volksvertretung behandelt worden ist. Wir erinnern an das bahnbrechende Bemühen Damaschkes, das aber niemals von Erfolg gekrönt war. Durch das Aufblühen der Industrie und das Anwachsen der Städte setzte die Landflucht ein. Diese hatte ihren Grund darin, daß für die Söhne und Töchter der Bauern die Existenzbedingungen fehlten, denn ein großer Teil des Landes war in den Händen der Großgrundbesitzer... Durch den Ausgang des Krieges haben Hunderttausende Bauern und Landarbeiter in den östlichen Provinzen ihren Besitz verloren und müssen in den übrigen Provinzen Deutschlands angesiedelt werden. Dieses gewaltige Problem kann nur durch eine einschneidende Bodenreform gelöst werden.“⁴⁶⁾

In einer Veröffentlichung Anfang September 1945 erklärten Schweriner Pfarrer:

„Es verstößt nicht gegen das Gebot ‚Du sollst nicht stehlen‘, wenn die Bauern und Landarbeiter, die durch den Hitlerkrieg so schwer betroffen wurden – viele haben ihr Alles verloren –, eine solche Aufteilung und Ansiedlung von der Landesverwaltung fordern, sondern es ist geradezu eine Forderung dieses Gebotes, das ja nach Luthers Erklärung von uns fordert, daß wir darin Gott fürchten und lieben sollen, ‚daß wir unserem Nächsten sein Gut und Nahrung bessern und behüten helfen‘. ... Wir bejahen daher rückhaltlos aus christlicher Verantwortung und Brüderlichkeit die Forderung der Bauern nach Aufteilung des Großgrundbesitzes.“⁴⁶⁾

Derartige Erklärungen aus berufenem geistlichem Munde halfen vielen Christen, die entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer als gerechte Entscheidung zu erkennen. Das war von großer Bedeutung angesichts der Wirksamkeit offen oder verkappt reaktionärer Elemente, die Christen von der Mitwirkung an der demokratischen Bodenreform und Landnahme abzuhalten suchten, indem sie die entschädigungslose Enteignung als „Unrecht“ hinstellten. Noch längst nicht alle christlichen Demokraten hatten aus der Geschichte

des deutschen Volkes, insbesondere aus den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges, die richtige Schlußfolgerung gezogen, daß nur auf der Grundlage revolutionärer Veränderungen eine Demokratisierung möglich ist. Viele erkannten zwar, daß es darum geht, mit denen abzurechnen, die nicht säten und doch ernteten, die ihren Vätern das Land abgejagt hatten; aber sie sahen noch nicht die große Schuld der Kaste der Junker und Großgrundbesitzer an dem namenlosen Elend des deutschen Volkes. In den meisten Kreisverbänden und Ortsgruppen bemühte man sich, allen Mitgliedern die Zusammenhänge zu zeigen und sie für die Sache der Bodenreform zu gewinnen. Im Gegensatz dazu tat die damalige Parteiführung der CDU nichts, um die Fragen und Vorbehalte vieler Mitglieder zu beantworten.

Wie richtig auch kirchliche Amtsträger die sozialökonomischen Veränderungen auf dem Lande beurteilten, macht aus einer Fülle von Zeugnissen die Erklärung von Pfarrer Kaufhold aus Wolmirsleben (Kreis Staffurt) deutlich:

„Die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die damit verbundenen sozialen Fortschritte für die Landwirtschaft kann ich nur aus vollstem Herzen begrüßen. Immer wieder freue ich mich, wenn ich sehe, daß in unserer Gemeinde über 30 Familien Land aus der Bodenreform erhalten haben und heute glücklich und zufrieden leben können, während dieser Besitz früher einem einzigen Nutznießer gehörte.“⁷⁾

4. Die Reaktion plant Restauration

Die Gründungsmitglieder der Christlich-Demokratischen Union in Berlin, in den Ländern, Provinzen, Kreisen und Gemeinden der damaligen sowjetischen Besatzungszone kamen aus den unterschiedlichsten politischen Richtungen. Viele fortschrittliche christliche Menschen aus dem Bürgertum, den Kleinbürgerlichen Schichten, aus der Bauernschaft und christliche Arbeiter waren gewillt, die durch die Zerschlagung des Hitlerstaates gebotene Chance für eine demokratische Erneuerung Deutschlands zu nutzen.

Aber auch die Konzerne und Großgrundbesitzer hatten ihre Mittelsmänner in die junge Partei entsandt, und zwar in der Hoffnung, unter der Maske der Demokratie eine Plattform zur organisierten Opposition und Obstruktion gegen die Gestaltung neuer, demokratischer Verhältnisse im Osten Deutschlands zu finden. Zu diesen gehörten auch die Vorsitzenden der Partei, Dr. Andreas Hermes und sein Stellvertreter Dr. Walter Schreiber. Man kann beiden eine anti-

faschistische Gesinnung nicht/absprechen. Wegen ihrer Teilnahme an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 waren sie inhaftiert und Hermes zum Tode verurteilt, jedoch vor der Vollstreckung von der sowjetischen Armee befreit worden. Beide knüpften in ihren politischen Auffassungen an die Weimarer bürgerliche Demokratie an. Unter Demokratisierung verstanden sie lediglich die Entfernung der Kriegsverbrecher, langjährigen und aktiven Nazis aus den führenden Positionen in Staat und Wirtschaft. Selbst Vertreter des Großbürgertums, versuchten sie aber alles, die Schuld ihrer Klasse an der imperialistischen Politik Deutschlands zu negieren und ihr Weiterbestehen zu sichern. Demokratie als eine Herrschaft der Volksmassen lehnten sie ab.

Diese Einstellung kommt auch in ihrer Politik gegenüber den Großgrundbesitzern zum Ausdruck. Im Gegensatz zur Mehrheit der Mitglieder der CDU verstanden Hermes und Schreiber unter der im Gründungsaufwurf der Partei enthaltenen Formulierung „weitgehende Heranziehung des Großgrundbesitzes“ alles andere als eine demokratische Bodenreform, sondern die Fortsetzung jener Agrarpolitik im Interesse der Junker und Großgrundbesitzer, wie sie im Reichsiedlungsgesetz vom 11. August 1919 festgelegt war.

Überall im Lande setzten sich die Mitglieder der CDU für eine wirkliche Demokratisierung ein. Sie wirkten mit bei der Entmachtung der volksfeindlichen, imperialistischen Kräfte, die Deutschland und die Welt wiederholt ins Verderben gestürzt hatten. Das kommt auch in der Mitarbeit der Ortsgruppen und Kreisverbände unserer Partei bei der demokratischen Bodenreform und der damit verbundenen Demokratisierung zum Ausdruck. In krassem Gegensatz dazu waren die reaktionären Kräfte in der Führung der CDU von Anfang an bestrebt, eine wirklich freie, echte demokratische Entwicklung auf dem Lande zu verhindern. Das geht aus dem Protokoll der 4. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 25. Juli 1945 einwandfrei hervor. Auf dieser Sitzung berichtet Hermes über eine Beratung des Hauptausschusses des antifaschistisch-demokratischen Blocks über einen Ernteaufwurf an die Bevölkerung. In dem Protokoll heißt es:

„Die Initiative zu einem Ernteaufwurf an die Bevölkerung von Stadt und Land ging von der KPD aus. Der Entwurf ging über einen reinen Appell zum Ernteeinsatz hinaus und enthielt grundsätzliche agrarpolitische Festlegungen. Zur Beseitigung einer Festlegung der Agrarpolitik, die nicht den Absichten der Union (gemeint ist die reaktionäre Führung der Union, deren Absichten im Widerspruch zum Willen der Mehrheit der Mitglieder standen. D. Verf.) entsprach, waren zwei Besprechungen zwischen den Parteien erforderlich, in deren Ver-

lauf es schließlich gelang, den Aufruf auf den Appell an die Bevölkerung zu beschränken und ihn von allen programmatischen Festlegungen zu reinigen.⁴⁸⁾

Um die Verabschiedung des Ernteaufrufes nicht zu verzögern, hatten die Vertreter der beiden Arbeiterparteien zugestimmt, den Aufruf auf die Erntehilfe zu beschränken. Hermes glaubte, dadurch fürs erste eine Bodenreform verhindert zu haben, und polemisierte nun heftig gegen die Abschaffung der faschistischen Zwangsablieferungsgesetze. Er forderte hartnäckig die „vollständige Erfassung aller Produkte“, weil angeblich nur so die Ernährungslage zu sichern sei. Das zeigt, wie wenig er von einer demokratischen Entwicklung und von der Aktivität der Bauern bei einer freien wirtschaftlichen Entfaltung hielt. Er war selbst viel zu wenig Demokrat, als daß er daran glauben konnte, daß die Bauern das System der „freien Spitzen“ zu einer bedeutenden Produktionssteigerung nutzen würden.

Hermes muß denn auch aus allen Wolken gefallen sein, als die KPD Ende August 1945 im Hauptausschuß des antifaschistisch-demokratischen Blocks den Entwurf eines Beschlusses über die demokratische Bodenreform vorlegte. Auf der 9. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU am 31. August wurde der Ausschuß für Agrarpolitik beauftragt, „unverzüglich unsere Stellungnahme zu erarbeiten und zu präzisieren.“⁹⁾ Bereits am 3. September machte sich dieser Ausschuß an die Arbeit. Das war zu einem Zeitpunkt, da sich bereits eine große Zahl Mitglieder der CDU auf dem Lande für eine demokratische Bodenreform einsetzten und zu deren Vorbereitung und Verwirklichung in den Bodenkommissionen in den Dörfern und Kreisen mitarbeiteten. Diese Bewegung innerhalb unserer Partei umfaßte durchaus nicht nur unmittelbar in der Landwirtschaft tätige Mitglieder, sondern auch viele aufrechte Demokraten aus anderen Berufen. Dafür nur ein Beispiel: Der Sägewerksbesitzer Fritz Dettmann aus Krakow schrieb unter Bezugnahme auf seine Erfahrungen beim Aufbau von Kleinsiedlungen:

„Anläßlich der Aufforderung der Landesregierung an die antifaschistischen Parteien zur Unterstützung der Bodenreform, die ich als hiesiger Ortsgruppenleiter der CDU erhielt, ist mir der Gedanke gekommen, meine Kenntnisse von der damaligen Arbeit auf Wunsch zur Verfügung zu stellen, wenn die Landesregierung darauf Wert legt.“¹¹⁾

Aber nicht fortschrittliche christliche Demokraten wurden für die Erarbeitung der Stellungnahmen herangezogen. Es ist bezeichnend, daß mit der Leitung des Ausschusses ein solcher Erzreaktionär wie von Zitzewitz-Muttrin beauftragt wurde. Von diesem Vertreter des reaktionären Landadels war

wirklich nicht zu erwarten, daß er den Interessen der Junkerkaste zu nahe trat und etwas für die Landarbeiter und Bauern tat. Wie wir noch sehen werden, war das, was bei dieser „Stellungnahme“ herauskam, auch danach.

Als am 4. September der vom Hauptausschuß des antifaschistisch-demokratischen Blocks eingesetzte Sonderausschuß für die Bodenreform – er bestand aus je zwei Vertretern der vier Parteien – zusammentrat, lag die am Tage zuvor von der Provinzialverwaltung Sachsen herausgegebene Bodenreform-Verordnung bereits vor.¹⁰⁾ Dieser gesetzgeberische Akt, auf einem in Halle einmütig gefaßten Blockbeschuß beruhend, stellte die Berliner Führung der CDU vor eine völlig neue Situation. Da sie ihre „Stellungnahme“ noch nicht vorlegen konnte, forderte Schreiber als Hauptsprecher der CDU vor dem Sonderausschuß die Beibehaltung des Großgrundbesitzes für eine Übergangszeit, wieder mit dem Hinweis auf die nur so zu sichernde Versorgungslage. Eine spätere Enteignung könne nur gegen Entschädigung erfolgen.

Als diese Vorschläge von den fortschrittlichen Mitgliedern des Sonderausschusses für die Bodenreform energisch zurückgewiesen wurden, erhob Schreiber demagogisch die Forderung, „nach russischem Vorbild eine kollektive Belegung der Großgüter“ vorzunehmen. Die Verfechter der Restauration in der CDU-Führung waren sich sehr wohl darüber im klaren, daß dieser Vorschlag nicht den historischen Bedingungen entsprach und demzufolge den Zielen der demokratischen Bodenreform zuwiderlief. Aber ihnen war alles recht, um die Zerschlagung der Junkergüter zu vereiteln und durch die Provozierung irreführender, sektiererischer Beschlüsse von der klaren Zielstellung abzulenken und politische Unsicherheit zu schaffen.

Walter Ulbricht hob auf dieser Beratung des Sonderausschusses die grundsätzliche Bedeutung der demokratischen Bodenreform für die Sicherung des Friedens hervor und begründete, daß gerade durch die Bodenreform viel besser die Ernährungsschwierigkeiten überwunden werden könnten. Er machte sich zum Sprecher aller landlosen und landarmen Bauern, als er erklärte:

„Die Enteignung des Großgrundbesitzes hätte schon 1848, spätestens aber 1918 durchgeführt werden müssen. Diesmal wird es kein Hindernis geben. Niemand soll glauben, die Landarbeiter würden sich auf die Dauer ohne Aufteilung des Landes zufriedengeben.“¹²⁾

In der darauffolgenden Woche war Schreiber mit seinen agrarpolitischen „Beratern“ eifrig damit beschäftigt, die „Stellungnahme der CDU zur Agrarreform“ – man beachte, daß das inzwischen zu einem festen Begriff gewordene Wort

„Bodenreform“ vermieden wird! – zu erarbeiten, die er auf der zweiten Sitzung des Sonderausschusses am 10. September vorlegte. Diese Stellungnahme war lediglich eine frisierte Fassung des Reichssiedlungsgesetzes von 1919, die offen die junkerlichen Interessen vertrat. Hermes, Schreiber und ihre reaktionären Berater und Hintermänner gingen bei ihrer Konzeption im wesentlichen davon aus, die bestehenden Klassenverhältnisse auf dem Lande beizubehalten, sie zu restaurieren. Aus ihrer antifaschistischen Haltung heraus waren sie lediglich dafür, den „Besitz von Naziverbrechern und aktivistischen Nazis“ zur „Besiedlung vordringlich heranzuziehen“. Abgesehen von wenigen weiteren Ausnahmen, auf die ich noch eingehen werde, sollte der Großgrundbesitz nicht angetastet und sollten die Neubauern im wesentlichen auf „die kultivierbaren Ödland-, Heide- und Moorflächen“ und auf „bisher zu militärischen Zwecken verwendeten Grund und Boden“ abgeschoben werden.¹³⁾

Zwar wurde in der „Stellungnahme zur Agrarreform“ vorgeschlagen:

„Der Großgrundbesitz ist daher im weitesten Umfang aufzuteilen und nur insoweit noch lebensberechtigt, als die Betriebe in der Hand fortschrittlicher und dem Faschismus abgewandter Betriebsleiter überdurchschnittliche Leistungen hervorgebracht haben oder auf dem Gebiet der Viehzucht, der Saatgutwirtschaft und als Grundlage unserer Hackfruchtwirtschaft unentbehrlich sind.“¹³⁾

Doch das war glatte Demagogie. Was blieb denn noch von einer Aufteilung „im weitesten Umfang“ übrig? Praktisch nur der Besitz aktiver Nazis, und auch diese sollten nicht etwa entschädigungslos enteignet werden, denn in der Stellungnahme heißt es:

„Soweit aktivistische Nazis von der Enteignung betroffen werden, verfallen 25 v. Hundert des ihre Schulden übersteigenden Teils des Einheitswertes ihrer Besitzungen dem Siedlungsfonds der Provinz bzw. Länder.“¹³⁾

Über die Enteignung von Kriegsverbrechern, die nicht als leitende Führer der Nazi-Partei oder deren Gliederungen angehört, wurde überhaupt nichts ausgesagt. Aber auch unter diese Kategorie fiel eine nicht unbeträchtliche Anzahl Junker und Großgrundbesitzer, die als militärische Führungskader in der faschistischen Wehrmacht gedient hatten. In einem Bericht „Die ernährungswirtschaftliche Seite der Agrarreform“, der eine Ergänzung der „Stellungnahme“ darstellt, heißt es zur Enteignung der Nazi-Verbrecher:

„soweit sie sich als einzelne Personen schuldig gemacht haben. Dagegen sind Sippenhaftung und Standeshaftung als undemokratische Maßnahmen abzulehnen.“¹⁴⁾

Mit unverhohlenem Zynismus wird hier der abscheuerregende faschistische Begriff „Sippenhaftung“ gebraucht, mit dem die jahrhundertelangen Forderungen der landlosen und landarmen Bauern auf Wiederherstellung ihrer Rechte am Boden dem nazistischen Terrorsystem gleichgesetzt werden. Wäre es nach Hermes, Schreiber und den anderen reaktionären Elementen in der CDU-Führung gegangen, dann wären die ökonomischen Machtpositionen der Junker und Großgrundbesitzer, also von Hauptschuldigen an der imperialistischen Politik Deutschlands, bis auf einige Ausnahmen nicht angetastet worden.

Es ist geradezu Hohn, wenn es in der „Stellungnahme“ weiter heißt:

„Sofortige Aufteilung derjenigen Großbetriebe, bei denen es ohne Leistungsminderung geschehen kann.“¹³⁾

Darunter verstand die Reichsleitung der CDU schlecht bewirtschaftete Güter. Aber welcher Großgrundbesitzer hätte nicht eine Ausrede für schlechte Bewirtschaftung gefunden? – Doch auch dieser Besitz sollte nicht etwa entschädigungslos enteignet werden. Vielmehr hatten Hermes und Schreiber vor, den Großgrundbesitzern „Restgüter“ von 100 bis 200 Hektar und mehr zu belassen und sie für das abgegebene Land mit $3\frac{1}{2}\%$ -Pfandbriefen zu entschädigen.¹³⁾

Hermes und Schreiber ging es nicht um eine Bodenreform, sondern sie wollten bürgerliche „Siedlungspolitik“ betreiben. Deshalb wollten sie die Landarbeiter und Umsiedler auf „die kultivierbaren Ödland-, Heide- und Moorflächen“ abschieben, den Großgrundbesitzern aber ihr Land erhalten. Sollten doch die Landhungrigen auf dieses Hungerland gehen, sollten sie es urbar machen! Vielleicht würde sich dann eines Tages die Möglichkeit ergeben, auch dieses Land dem Junkerland zuzuschlagen – das mögen die Gedanken der reaktionären CDU-Führer gewesen sein; denn sie stellten ausdrücklich die Bedingung:

„Das Siedlungsland ist den Siedlern grundsätzlich zum freien Eigentum zu überlassen, und zwar bei Bewährung nach Ablauf von zwei Jahren nach ihrer vorläufigen Einweisung. Die Überlassung erfolgt gegen angemessene Entschädigung, die der Siedler nach seiner Wahl in bar oder in Gestalt einer Amortisationsrente zu entrichten hat.“¹³⁾

Man muß diesen Satz zweimal lesen, um ganz zu verstehen, wie die Neubauern in Abhängigkeit gebracht werden sollten. Die Agrarfrage sollte nicht im Sinne der Hunderttausende landloser und landarmer Bauern, sondern im Interesse von ein paar tausend Junkern und Großgrundbesitzern gelöst

werden. Das zeigt auch voll und ganz der Vorschlag in der „Stellungnahme zur Agrarfrage“:

„Vorläufige Weiterführung aller anderen Betriebe (der Großgrundbesitzer. D. Verf.) in der bisherigen Form.“¹³⁾

Damit stießen Hermes und Schreiber auf entschiedenen Widerstand, sowohl bei den ehrlichen, demokratisch-fortschrittlichen Mitgliedern der CDU, die in der vollständigen Entmachtung der Junker und Großgrundbesitzer eine der Voraussetzungen für die friedliche und demokratische Entwicklung erkannten, als auch im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien.

Inzwischen waren in allen fünf Ländern und Provinzen mit voller Zustimmung der Landesvorstände der Christlich-Demokratischen Union Gesetze bzw. Verordnungen über die demokratische Bodenreform erlassen worden; die letzten Verordnungen waren am 10. September 1945 in Sachsen und Thüringen angenommen worden. Eine große Zahl Mitglieder der CDU auf dem Lande beteiligten sich bereits begeistert an der Durchführung der Bodenreform. Aber immer noch verzögerten die reaktionären Vertreter der CDU im Zentralen Blockausschuß den Aufruf zur Bodenreform. Erst als sie unter dem Eindruck der stürmischen Entwicklung im Lande die Gefahr ihrer völligen Isolierung erkannten, gaben sie am 13. September 1945 dem Aufruf zur Bodenreform im Zentralen Blockausschuß ihre Zustimmung.¹⁰⁾

Allerdings verbanden sie damit ein verräterisches Doppelspiel: Formell gaben sie zwar zu dieser objektiv notwendigen Maßnahme ihre Zustimmung und gingen damit auch auf die Forderungen der fortschrittlichen Mitglieder der eigenen Partei ein. Auf der anderen Seite aber versuchten sie, die Verwirklichung der demokratischen Bodenreform zu hintertreiben.

Sie verfolgten dabei die Taktik, die Durchführung durch ständige Einsprüche, Verbreitung politischer Unsicherheit und Errichtung bürokratischer Hemmnisse solange aufzuhalten, bis in den Bodenkommissionen der Einfluß reaktionärer Kräfte genügend ausgebaut wäre. Zu diesem Zweck empfahlen sie, „erfahrene“ Siedlungsfachleute in die Bodenkommissionen einzubeziehen, die im Grunde nichts anderes als Interessenvertreter der Großgrundbesitzer gewesen wären. Diese Bestrebungen der Reaktion zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Bodenreform nur als revolutionäre Massenaktion unter Führung der Arbeiterklasse erfolgreich sein konnte. Im Interesse der reibungslosen Durchführung war es notwendig, jegliche Einflußnahme reaktionärer Elemente auszuschalten.

Hermes und Schreiber waren bis dahin noch nicht in den Ländern und Provinzen der damaligen sowjetischen Besatzungszone gewesen. Jetzt reisten sie im Lande umher und sprachen sich öffentlich gegen die Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer aus. Sie glaubten, dadurch Unruhe verbreiten, die Bevölkerung auf dem Lande von der Durchführung der Bodenreform und der Landnahme abhalten und den Großgrundbesitzern ihre Güter erhalten zu können. Sie taten das selbst noch zu einer Zeit, da die Bodenreform bereits in vollem Gange war, da viele Mitglieder der CDU aktiv in den Bodenkommissionen mitarbeiteten oder Land aus dem Bodenfonds in Besitz genommen hatten und nun dabei waren, sich eigene Wirtschaften aufzubauen. Gerade das verdeutlicht den Gegensatz zwischen den reaktionären Machenschaften einiger Parteiführer und dem fortschrittlichen Handeln der Mehrheit der Mitglieder auf dem Lande.

Die Kluft zwischen der Parteiführung und den Landesverbänden wurde noch dadurch vertieft, daß der wirtschaftspolitische Ausschuß in Berlin auf seiner Sitzung am 18. September 1945¹⁵⁾ die „Stellungnahme zur Agrarreform“ zum Beschluß erhob, obwohl sie von den Landesverbänden einmütig abgelehnt und durch deren Zustimmung zu den Verordnungen über die Bodenreform auch überholt war. Das charakterisiert, wie wenig die sich hochtrabend als „Reichsführung der CDU“ bezeichnenden reaktionären Kräfte in Berlin den Willen der demokratischen Mehrheit in der Partei respektierten. Ihnen ging es — nicht zuletzt aus ganz persönlichen Interessen, wie wir am Beispiel Schreiber sahen — einzig darum, die Aufteilung des Großgrundbesitzes zu verhindern und die Machtpositionen des deutschen Imperialismus zu restaurieren.

Ganz offen gab das Schreiber in einer Rede auf einer öffentlichen Versammlung in Eisleben am 21. September 1945 zu erkennen.¹⁰⁾ Er sprach sich gegen die entschädigungslose Enteignung der Junker durch die Bodenreform aus, lehnte die Entmachtung der Trusts und Konzerne ab und verneinte die Schuld des faschistischen Deutschlands am zweiten Weltkrieg. Die Antwort auf diesen massiven Angriff auf die antifaschistisch-demokratische Ordnung gab eine von 3000 Teilnehmern besuchte Kundgebung am 22. September in Eisleben. Mitglieder der CDU benutzten diese Kundgebung, um sich in aller Öffentlichkeit von den Vertretern der Reaktion in der Parteiführung und von Schreiber im besonderen zu distanzieren und die wirkliche Auffassung der Mitglieder der CDU, die Zustimmung zur demokratischen Bodenreform, zu bekunden. Einer in scharfen Worten gehaltenen Protestentschließung stimmten auch die anwesenden Mitglieder unserer Par-

tei zu. Durch sein Auftreten also förderte Schreiber, ganz entgegen seiner Absicht, den Differenzierungsprozeß innerhalb unserer Partei. Immer mehr Mitglieder erkannten, daß es hier nicht nur um die Methoden bei der Durchführung der Bodenreform, sondern um eine grundsätzliche Entscheidung für eine friedliche, demokratische, gegen eine volksfeindliche, imperialistische Entwicklung ging.

Dieser politische Klärungsprozeß in unserer Partei wurde in besonderem Maße von Otto Nuschke unterstützt. Auf seinen häufigen Fahrten in die Länder und Provinzen, in die Ortsgruppen half er den Mitgliedern unserer damals jungen Partei, die Aufgaben und Ziele unserer demokratischen Entwicklung richtig zu erkennen. Vorbehaltlos setzte er sich für die Durchführung der Bodenreform ein und vertrat den Standpunkt aller fortschrittlich-demokratischen Mitglieder.

Die Führungsgremien der Partei wurden damals jedoch in der Mehrheit von reaktionären Kräften beherrscht, unter denen es zwar keine volle Einmütigkeit gab, aber ihre Meinungsverschiedenheiten bezogen sich lediglich auf taktische Fragen.

Weitere Mitglieder dieser Gremien, wie Kaiser und Lemmer, um nur zwei zu nennen, waren genau wie Hermes und Schreiber gegen die entschädigungslose Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer; nur galt ihr Interesse mehr den Industriemonopolen, deren Macht- und Besitzverhältnisse sie zu erhalten trachteten. Deshalb wollten sie es nicht gerade in der Agrarfrage auf eine Kraftprobe mit den anderen Blockparteien und allen antifaschistisch-demokratischen Kräften ankommen lassen. Sie waren sich darüber klar, daß die entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer ein Beispiel schuf, dem auch bald die Enteignung der Industriemonopole folgen würde. Und gerade das wollten sie verhindern.

Als der Berliner Gründungsausschuß am 15. November 1945 nach längerer Pause ausführlich über die Bodenreform debattierte, erstattete Otto Heinrich von der Gablentz als Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses einen herzerreißenden Bericht über die Lage der Junker und Großgrundbesitzer und legte eine EntschlieÙung vor, die den Alliierten und den Provinzverwaltungen übergeben werden sollte. Darin ist viel die Rede vom „Los von vielen Hunderten Familien“ der enteigneten Großgrundbesitzer; aber mit keiner Silbe wird auf deren historische Schuld oder auf das frühere Schicksal der Hunderttausende Landarbeiter und Kleinbauern und auf die positiven Ergebnisse der Bodenreform hingewiesen. Dieser Widerspruch ist wohl selbst reaktionären Mitgliedern des Gründungsausschusses aufgefallen, denn es heißt im Protokoll:

„Mit einer solchen allgemeinen Erklärung würde wahrscheinlich kein durchschlagender Erfolg erzielt.“¹⁷⁾

Deshalb wurde beschlossen, statt der EntschlieÙung eine Denkschrift auszuarbeiten und dafür Fakten zusammenzutragen. Diese Denkschrift ist nie zustande gekommen. Sie konnte es auch gar nicht, weil es keine Fakten gegen die Bodenreform, sondern nur einige wehleidige Berichte ehemaliger Junker und Großgrundbesitzer gab.

Zu den Phrasen, mit denen die reaktionären Elemente in der Führung der Partei nicht nur die eigenen Mitglieder, sondern die Bevölkerung auf dem Lande überhaupt von der klaren Zielstellung der Bodenreform abzulenken, ideologische Unsicherheit zu schaffen und sektiererische Beschlüsse zu provozieren versuchten, gehörte auch die Forderung nach „kollektiver Bewirtschaftung großer Güter“. In einer der wenigen Veröffentlichungen der „Neuen Zeit“ zur Bodenreform, im Leitartikel vom 31. August 1945, wird dieser Gedanke erstmalig geäußert. Dieser Beitrag ist zwar nicht namentlich gezeichnet, entspricht aber völlig den zur Irreführung gedachten Forderungen von Hermes und Schreiber. Es heißt dort:

„Der Übergang aber erfordert gesunde Zwischenlösungen. Nächst der Volksernährung ist die Unterbringung der deutschen Flüchtlinge erforderlich. Hier nun zeigt die kollektive Bewirtschaftung (Sperrung im Original. D. Verf.) großer Güter einen gangbaren Weg. Für die Aufteilung, Neuvermessung und Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden fehlt Zeit, Geld und Baumaterial. ... Inzwischen arbeitet die Gutswirtschaft so weiter.“

Damit bewiesen die reaktionären Führer ein weiteres Mal, daß es ihnen nicht um die Bodenreform, sondern um die Erhaltung des Großgrundbesitzes ging. Die zeitweilige Umwandlung in Kollektivwirtschaften sollte die Aufteilung der Güter verhindern und die Restauration der früheren Besitzverhältnisse erleichtern. Gleichzeitig spekulierten Hermes und Schreiber darauf, daß es zu sektiererischen Beschlüssen kommen möge, die zu erheblichen Mißstimmungen unter den Bauern geführt hätten.

Es ist ein Verdienst der KPD, damals diese Demagogie entlarvt und darauf hingewiesen zu haben, daß nicht die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, sondern die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Landarbeiter, landarmen Bauern und Umsiedler auf der Tagesordnung stand. Bereits an diesem konsequenten Verhalten wird deutlich, wie kontinuierlich und der jeweiligen Situation entsprechend in den vergangenen zwanzig Jahren die agrarpolitische Ent-

wicklung bewußt vollzogen wurde. 1945 bestanden weder objektiv noch subjektiv die Voraussetzungen für die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. In keinem Dorf, in dem ehemals die Junker geherrscht hatten, gab es damals die für eine kollektive Bewirtschaftung erforderlichen Traktoren und landwirtschaftlichen Großmaschinen. Es fehlte an Saat- und Pflanzgut, Futtermitteln, Düngemitteln und Vieh. Es gab auch noch keine Kader, die die Leitung großer genossenschaftlicher Landwirtschaftsbetriebe hätten übernehmen können.

Freilich gab es schon 1945 keinen Zweifel daran, daß in der Perspektive auch in der Landwirtschaft dem Großbetrieb, und nur ihm, die Zukunft gehört. In einem vom Zentralkomitee der KPD 1945 herausgegebenen Material zur Bodenreform heißt es:

„Ohne Zweifel ist auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb rentabler als der Kleinbetrieb. Nur im Großbetrieb können moderne Maschinen und wissenschaftliche Arbeitsmethoden angewandt werden.

Aber die Mehrzahl der deutschen Rittergüter ist weit von solchen modernen landwirtschaftlichen Betrieben entfernt. Den Junkern lag nicht die Ernährung des deutschen Volkes am Herzen, sondern ihr eigener Geldbeutel. Deshalb waren sie mehr an Schutzzöllen und Staatssubventionen (Osthilfe) interessiert als an der Rentabilität ihrer Güter. Außerdem haben die Junker die Landarbeiter in solch elender Lage gehalten, daß diese gar nicht interessiert sein konnten, für den Junker alles aus dem Boden herauszuholen.

Dagegen wird der Bauer, der auf eigener Scholle für sich und seine Familie arbeitet, keine Mühe und keinen Fleiß scheuen, um das Letzte aus dem Boden herauszuholen.

Die Bodenreform wird also die Ernährung unseres Volkes nicht gefährden, sondern sie ist im Gegenteil ein Mittel, sie sicherzustellen.“¹⁸⁾

5. Sieg der demokratischen Mehrheit in der CDU

Nachdem auf der Grundlage der unter voller Zustimmung der CDU angenommenen Gesetze bzw. Verordnungen der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen die Bodenreform durchgeführt worden war, hing nunmehr alles von der raschen Festigung ihrer Ergebnisse ab. Viele Neubauern, besonders im Norden unseres Landes, hatten zwar Land erhalten, besaßen aber kaum Vieh — wer über eine Kuh oder gar ein Pferd verfügte, konnte sich schon glücklich schätzen. Auch Wirtschaftsgebäude waren kaum vorhanden. Doch die Füh-

rung der CDU diskutierte nicht über die Unterstützung der Neubauern und die Überwindung der Kriegsschäden, sondern über die Hilfe für die enteigneten Junker und Großgrundbesitzer (siehe 14. Sitzung des Gründungsausschusses am 15. November 1945).

Wie volksfremd, ja volksfeindlich die reaktionären CDU-Führer dachten und handelten, wird daran deutlich, daß ihnen die schwierige Situation, in der sich Tausende Mitglieder der Partei und ungezählte parteilose Christen als Neubauern befanden, völlig gleichgültig war; es galt ja für sie, die alten imperialistischen Macht- und Besitzverhältnisse zu restaurieren.

Die Festigung der Bodenreform erforderte dringend umfassende Maßnahmen zur Unterstützung der Neubauern. Ende November 1945 legte die Kommunistische Partei Deutschlands dem antifaschistisch-demokratischen Block eine Entschließung „Helft den Neubauern“ zur Annahme vor.

Hermes und Schreiber erkannten sehr gut die Wichtigkeit des Beschlusses, der eine umfassende Hilfe für die Neubauern einleiten sollte: Hatten die Neubauern nicht nur Land, sondern auch Vieh und eigene Wirtschaftsgebäude, dann war an eine Restaurierung der junkerlichen Besitzverhältnisse überhaupt nicht mehr zu denken. Indem die reaktionären Vertreter der CDU im Zentralen Blockausschuß ihre Unterschrift verweigerten, glaubten sie, den Beschluß zu Fall bringen, die Festigung der Neubauernwirtschaften hintertreiben und die Bodenreform wieder rückgängig machen zu können.

Auf der Sitzung des Blockhauptausschusses am 27. November 1945 stand die Entschließung „Helft den Neubauern“ auf der Tagesordnung. Im Auftrag von Hermes und Schreiber lehnte Jacob Kaiser, der als Vertreter der CDU teilnahm, den Entwurf ab und erklärte, daß seine Partei zwar Anhänger der Bodenreform sei, aber in keinerlei Hinsicht daran mitwirken werde.¹⁹⁾ Wie sehr er dabei die reaktionäre Führungselite mit der Mehrheit der Mitglieder verwechselte, sollte sich schnell herausstellen!

Zwar ist es heute nicht mehr nachprüfbar, warum Kaiser und nicht Hermes oder Schreiber an der Blocksitzung teilnahm (Hermes war in Berlin, dafür gibt es Beweise: Kaiser berief sich im Block auf eine Unterredung zwischen Wilhelm Pieck und Andreas Hermes, die am gleichen Tage stattgefunden hatte). Es ist möglich, daß Kaiser vorgeschickt wurde, um Hermes und Schreiber etwas aus dem Schußfeld zu bekommen. Tatsache ist, daß Kaiser den Verrat der Reaktion unterstützte.

In einem Schreiben von Hermes an den Vorsitzenden der KPD, Wilhelm Pieck, heißt es heuchlerisch:

... daß die Christlich-Demokratische Union jeden Schritt begrüßen wird, der die schwierige Lage der Neubauern praktisch zu erleichtern erscheint, und ich darf hinzufügen, daß wir es als unsere besondere Pflicht ansehen, in dieser Hinsicht im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten tätig zu sein. Jedoch sehen wir uns leider nicht in der Lage, dem übermittelten Entwurf unsere Unterschrift zu geben...“¹⁹⁾

Nach der Verweigerung der Unterschrift unter den Aufruf „Helft den Neubauern!“ erreichte die Empörung der CDU-Mitglieder in den Ländern über die Führung der Partei durch Hermes und Schreiber ihren Höhepunkt. Bereits in den vorangegangenen Wochen hatten viele Vorstände an die Parteiführung die Forderung auf eine grundsätzliche Aussprache gestellt. „Neue Zeit“ berichtet am 21. Dezember 1945:

„Am 19. Dezember endlich kam diese mit überwältigender Mehrheit geforderte Aussprache in Berlin zustande. Aus den Provinzen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, den beiden Sachsen, aus Thüringen sowie aus Berlin fanden sich etwa 50 Delegierte im Sitz der Leitung der Union in der Jägerstraße ein, wo sie ihre berechtigten Forderungen vor den leitenden Persönlichkeiten der Partei darlegten.“

Einmütig erhoben die Delegierten der Landesverbände die Forderung nach Rücktritt von Hermes und Schreiber. Dr. Reinhold Lobedanz, Landesverbandsvorsitzender von Mecklenburg und späterer Länderkammerpräsident der DDR, erklärte:

„Die Führung der Union durch Dr. Hermes und Dr. Schreiber ist für die Mitgliedschaft untragbar geworden. Die beiden ... haben insbesondere durch ihre Einstellung zur Bodenreform in der Anhängerschaft der Union stärkste Mißstimmung hervorgerufen. Es darf nicht sein, daß diese Maßnahme, die zu den großartigsten und wichtigsten des demokratischen Deutschlands gehört, durch die Führung der Union durchkreuzt wird.“²⁰⁾

In ähnlicher Weise äußerten sich auch die Sprecher der anderen Landesverbände. Der katholische Pfarrer Ludwig Kirsch trug die Forderung der Mitglieder des Landesverbandes Sachsen vor und erklärte:

„Trotz aller Versuche Sachsens, mit der Reichsparteileitung in Verbindung zu treten, ist lange Zeit keine Fühlungnahme möglich gewesen. In der entscheidenden Frage der Hilfe für die Neubauern hat die Parteileitung versagt und im Lande draußen tiefe Erbitterung hervorgerufen.“

Kategorisch erklärte Pfarrer Kirsch, jede reaktionäre Linie müsse bekämpft werden. Solange an der Spitze der CDU nicht eindeutig demokratische Persönlichkeiten stünden, sei die Partei in Gefahr, in Verruf zu geraten. Da die Parteilei-

tung nicht nur das Vertrauen der Mitglieder, sondern der ganzen Bevölkerung verwirkt habe, sei der Rücktritt von Dr. Hermes und Dr. Schreiber erforderlich.²⁰⁾

Dr. Herwegen, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, bezeichnete die Einstellung von Hermes und Schreiber in der Frage der Bodenreform als nicht in Übereinstimmung zu bringen mit dem Gebot der christlichen Nächstenliebe und stellte unter Bezugnahme auf Schreibers Auftreten in Eisleben fest:

„Die Reichsparteileitung hat diktatorische Ansprüche erhoben und ist, vor allem auch durch das Verhalten von Dr. Schreiber, volksfremd geworden.“²⁰⁾

Der Sprecher des Landesverbandes Thüringen, Grosse, bezeichnete es ebenfalls als unchristlich, gegenüber der Bodenreform und der Hilfe für die Neubauern immer wieder Bedenken zu erheben. Er schloß seine Ausführungen:

„Die Mehrheit der Anhängerschaft der Union in Thüringen lehnt die Politik der Parteiführung entschieden ab und ist erbittert darüber, daß die Union durch falsche Führung zu einem Sammelbecken der Reaktion geworden ist.“²⁰⁾

Es zeugt von der Härte der Auseinandersetzung, wenn „Neue Zeit“ berichtet:

„Alle Redner waren sich darin einig, daß die Rückführung der Union auf die Linie einer unmißverständlichen christlichen Demokratie unerlässlich ist für die Union selbst wie für Deutschland. Immer wieder betonten sie, daß die Partei wie das Land sich um so schneller entwickeln werden, je mehr sich alle ehrlichen und demokratischen Kräfte entwickeln. Das aber könne nicht erfolgen, wenn die Reaktion in Schutz genommen werde, wie dies in der Vergangenheit häufig durch die Parteiführung geschah.“

Mit besonderer Erbitterung äußerten sich zahlreiche Redner über die Doppeldeutigkeit des Auftretens von Dr. Hermes und Dr. Schreiber ... Besonders bewegend war zu beobachten, wie sämtliche Redner ihre empörte Kritik an der Parteiführung als den Ausgangspunkt für eine neue Ära der Christlich-Demokratischen Union ansahen...“²⁰⁾

Der einstimmige Beschluß des Zentralaussschusses der Partei und der Provinz- und Landesdelegierten zwang schließlich nach erbitterten Auseinandersetzungen Hermes und Schreiber zum Abtreten. Damit wurde dem vielstimmigen, flammenden Protest aus zahlreichen Kreisverbänden und Ortsgruppen entsprochen. So hatte zum Beispiel die Ortsgruppe Barleben die Forderung auf Abberufung in einer Entschließung wie folgt begründet:

„Die Neubauern der Gemeinde Barleben haben mit Befriedigung den Verlauf der Durchführung der Bodenreform verfolgt und sind einstimmig der Auffassung, daß ... der seit langem

gehegte Wunsch der landlosen und landarmen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung seine Erfüllung fand... Die Neubauern der Gemeinde Barleben erblicken in der Nichtunterzeichnung des Aufrufs den Versuch, die Durchführung der demokratischen Bodenreformverordnung zu sabotieren und den feudalen junkerlichen Großgrundbesitz wiederaufleben zu lassen.

Eine Zusammenarbeit der vier Parteien auf demokratischer Grundlage ist... nur dann gewährleistet, wenn die beiden Führer der Christlich-Demokratischen Union, Dr. Schreiber und Dr. Hermes, abberufen und durch ehrliche Antifaschisten ersetzt werden.⁽²¹⁾

In der Entschließung der Ortsgruppe Schirgiswalde (Kreis Bautzen) heißt es:

„Wir unterzeichneten Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union können uns mit dem Standpunkt unseres Parteivorstandes in Berlin auf keinen Fall einverstanden erklären und müssen Stellung gegen ihn nehmen, was wir durch unsere Unterschrift bekräftigen.

Wir haben mit größter Befriedigung die Reformen begrüßt, die jetzt durchgeführt werden, ganz besonders die Bodenreform und die Befehle 124–126, die es ermöglichen, den Landarbeitern, Umsiedlern und landarmen Bauern neue Existenzen zu schaffen.“⁽²¹⁾

Der Ortsverband Merseburg der CDU begrüßt den Aufruf der Blockparteien zur Hilfe für die Neubauern und schreibt weiter:

„Wir wissen, daß durch diese gegenseitige Hilfe den Neubauern die Möglichkeit gegeben wird, ihren ihnen zufallenden Anteil in der Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes zu erfüllen.“⁽²¹⁾

Der erweiterte Kreisausschuß der CDU in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) mißbilligt in einer Entschließung die Verweigerung der Unterschrift zum Aufruf über die Neubauernhilfe durch die Vertreter der CDU und erhebt

„gegen diese Entscheidung Einspruch, da, nachdem die Bodenreform bereits Gesetz geworden ist, der Aufruf zur Hilfe für die Neubauern auch vom christlichen Standpunkt durchaus unterstützt werden muß. Deshalb hat der sächsische Landesvorstand der Union auch seine Unterschrift dazu gegeben, was ganz unserer politischen Auffassung entspricht. Wir wollen auf alle Fälle unseren Willen erklären, gleichberechtigt und gleichverpflichtet im Einheitsblock der antifaschistisch-demokratischen Parteien mitzuarbeiten.“⁽²¹⁾

In einer Erklärung von Unionsfreunden aus Leipzig heißt es:

„Die Verweigerung der Unterschrift durch Hermes und Schreiber zu dem Aufruf zur Hilfe für die Neubauern ist uns unverständlich und wird von uns mißbilligt.

Wir halten es für selbstverständlich und setzen uns dafür ein, daß in der Leitung der Partei und ihrer Gruppen keine nazistischen, militaristischen und reaktionär-kapitalistischen Kräfte vertreten sind oder auch nur Einfluß haben. Wir sind der Meinung, daß Personen, die den vorstehenden Grundsätzen nicht entsprechen, in leitenden Stellen der CDU nicht tragbar sind.“⁽²¹⁾

Der Sturz von Hermes und Schreiber war ein erster Erfolg der demokratischen Mehrheit in unserer Partei. Er zeugte davon, wie sehr die fortschrittlichen Kräfte in der CDU durch die Zusammenarbeit im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, vor allem durch die Hilfe und Unterstützung der KPD beim politischen Klärungsprozeß, an politischer Klarheit und Festigkeit gewonnen hatten.

Walter Ulbricht charakterisierte im Dezember 1945 die Ziele von Hermes und Schreiber und stellte sie dem Handeln der fortschrittlichen Mitglieder der CDU gegenüber:

„Herr Dr. Hermes bringt so viele Einwendungen und Einschränkungen in der Frage der Bodenreform und ihrer Durchführung, daß faktisch nichts mehr von dieser Reform übrigbleibt. Die landarmen und landlosen Bauern, die Landarbeiter und Umsiedler, die zu Hunderttausenden durch die Bodenreform Land erhielten, haben ein feines Ohr für diese sogenannten Argumente. Bezeichnend ist, daß sich die Mitglieder und die Provinzial- sowie Landesleitungen der CDU, welche weit mehr mit dem Volk verbunden sind und die Nöte im Dorfe besser zu kennen scheinen als ihre Berliner zentrale Leitung, bei der Durchführung der Bodenreform voll und aktiv eingesetzt und auch den gemeinsamen Aufruf der antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Hilfe für die Neubauern unterschrieben haben, während der zentrale Vorstand der CDU dies bekanntlich ablehnte.“⁽²²⁾

6. Der innerparteiliche Klärungsprozeß geht weiter

Mit dem Ausscheiden von Hermes und Schreiber und der Bildung einer neuen Parteiführung, in der nunmehr auch die Landesverbände vertreten waren, war der Klärungsprozeß innerhalb der Partei jedoch noch längst nicht abgeschlossen. Fortschrittliche Unionsfreunde, die nun verstärkt Einfluß auf die Agrarpolitik der Partei nehmen konnten – genannt seien hier nur Luitpold Steidle als damaliger Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Fritz Brauer und Meisterbauer August Hillebrand –, mußten viele scharfe Auseinandersetzungen mit jenen Elementen in der Parteileitung führen, die die bauernfeindliche Politik fortzusetzen bestrebt waren und auf die sich die neuen

Parteivorsitzenden Kaiser und Lemmer stützten. Es waren die gleichen Interessenvertreter der Großgrundbesitzer, die schon Hermes und Schreiber gedient hatten, wie Graf von Schmettau, v. Zitzewitz-Muttrin, von der Gablentz, Hummel und andere. „Nomen est omen“ kann man an dieser Stelle wohl mit voller Berechtigung sagen.

Der einzige bürgerlicher Abkunft, Johannes Hummel, paßte sehr gut in diese illustre Reihe. Nachdem sich seine reaktionären Machenschaften als Referent für Landwirtschaft in der Berliner Parteileitung dank dem konsequenten Auftreten der fortschrittlichen Mitglieder immer mehr als aussichts- und erfolglos erwiesen, setzte er sich nach Westdeutschland ab, wo ihn Hermes, der inzwischen Präsident des westdeutschen Bauernverbandes geworden war, zu sich als Hauptgeschäftsführer holte. Dort wirkt er noch heute zum Schaden der westdeutschen Bauern unter dem derzeitigen Präsidenten Edmund Rehwinkel. Was Hermes, Hummel und ihre Gesinnungsfreunde bei uns nicht verwirklichen konnten, weil sie von den fortschrittlichen Mitgliedern unserer Partei und nicht zuletzt von der Arbeiterklasse und den Bauern daran gehindert wurden, das setzten sie in Westdeutschland durch, weil ihnen dort wegen der mangelnden Zusammenarbeit zwischen Arbeitern, Bauern und den anderen fortschrittlichen Kräften niemand in den Arm fiel. Die Entwicklung in Westdeutschland bestätigt, wie notwendig und richtig es war, daß wir die reaktionären Führer und deren Mitarbeiter verjagten.

Den noch in der Führung der CDU verbliebenen reaktionären Kräften war inzwischen klargeworden, daß ein genereller Vorstoß gegen die Ergebnisse der Bodenreform zur Restauration der alten Verhältnisse unmöglich war, sahen sie sich doch einer demokratischen Mehrheit gegenüber, die ihre Schliche sehr rasch durchkreuzte.

Sie spannten deshalb für ihre Wühlätigkeit noch vorhandene reaktionäre Elemente in den Landes- und Kreisverbänden ein. Durch die Überprüfung angeblichen „Unrechts“ bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform sollten deren Ergebnisse schrittweise wieder rückgängig gemacht werden. Wie aus Unterlagen bekannt ist, stellten reaktionäre Kräfte in den Landesverbänden Sachsen und Thüringen²³⁾ mehrmals Listen mit solchen „Fällen“ auf und forderten von der Landesbodenkommission eine Überprüfung der Bodenreform. Diese Listen enthielten nur Namen, aber keine Begründung für die Notwendigkeit einer Revision, konnten sie auch gar nicht enthalten, weil es keine gab. Ein Beweis, wie demagogisch dieses Vorgehen war, auf welch tönernen Füßen die Behauptungen standen!

Doch gewannen die fortschrittlichen Kräfte in den Landesverbänden immer mehr an Kraft und übten bestimmenden Einfluß auf die Politik der Partei aus. Sie konnten sich dabei unter anderem auch auf die klare Aussage Luitpold Steidles auf dem 1. Parteitag der CDU 1946 stützen²⁴⁾, der sich mit Angriffen auf die Bodenreform auseinandersetzte und die prinzipielle Richtigkeit und politische Bedeutung der Bodenreform nachwies. Unionsfreund Steidle leistete als Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Landwirtschaft eine wichtige Arbeit bei der Festigung der Neubauernwirtschaften. Es sei nur an die so wichtige Umsetzung von Vieh aus den vom Krieg nur gering heimgesuchten Gebieten in die stark zerstörten Gebiete erinnert. Der Auf- und Verkauf dieses Viehs war eine große Solidaritätsaktion, durch die viele Neubauern in Mecklenburg-Vorpommern, in den östlichen Teilen der Provinz Brandenburg und in Sachsen die erste Kuh, das erste Schwein erhielten. Dabei hat sich auch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe bewährt.

7. Die VdgB blieb in den richtigen Händen

Aus den ursprünglichen Ausschüssen bzw. Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe war durch die Bildung eines einheitlichen Zentralverbandes am 9. Mai 1946 inzwischen die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) zu der politischen Massenorganisation der Bauern geworden, in der von Beginn an ein großer Teil der bäuerlichen Unionsfreunde aktiv mitarbeitete. Aus den Anfängen der gegenseitigen Hilfe mit Zugkräften, landwirtschaftlichem Gerät, Saat- und Pflanzgut usw. entwickelte sich nun die VdgB immer mehr zu einem wichtigen Faktor bei der Festigung der Neubauernwirtschaften, der Beseitigung der Kriegsschäden und der Steigerung der Hektarerträge. Demokratisch wählten die Mitglieder der VdgB ihre Vorstände. Nach den ersten Wahlen zu den Ortsausschüssen, Kreis- und Landesvorständen (1947) gehörten diesen insgesamt 3120 Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union an, das waren 5,2 Prozent aller gewählten Vorstandsmitglieder.²⁵⁾

Doch den Reaktionären in der Parteiführung war diese demokratische Entwicklung der VdgB und durch die VdgB ein Dorn im Auge. Sie erkannten sehr richtig, daß eine starke VdgB, die sich in ihrem Handeln vom Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern leiten ließ, sowohl die Wiederherstellung der früheren Besitz- und Machtverhältnisse der Großgrundbesitzer verhindern als auch die noch zum Teil bestehende Abhängigkeit der werktätigen Bauern von den Groß-

bauern brechen würde. Deshalb planten sie, die VdgB politisch inaktiv zu machen, den Einfluß der fortschrittlichen Kräfte auszuschalten, um dann mit Hilfe reaktionärer Elemente, vor allem unter den Großbauern, die VdgB zu einem Instrument der Restauration zu machen. In der Entschließung über die VdgB auf dem 1. Parteitag der CDU im Juni 1946 heißt es:

„Wir sehen in diesen neuen Vereinigungen eine durchaus geeignete Grundlage, eine neue landwirtschaftliche Selbstverwaltung zu schaffen, und sind bereit, sie nach besten Kräften zu unterstützen, wenn ihre Organe im Rahmen der gegebenen staatlichen Vorschriften ohne Beeinflussung von außen her arbeiten...“⁽²⁶⁾

In dieser Formulierung kommt deutlich das harte Ringen der fortschrittlichen Mitglieder unserer Partei mit den restaurativ-reaktionären Elementen zum Ausdruck. Die progressiven Kräfte konnten zwar die Anerkennung der VdgB, die Richtigkeit und Notwendigkeit der Mitgliedschaft aller bäuerlichen Unionsfreunde in dieser Massenorganisation und die aktive Unterstützung durch unsere Parteiverbände durchsetzen. Auf der anderen Seite aber bedeutete die Formulierung „... ohne Beeinflussung von außen her ...“ nichts anderes als einen Angriff der Vertreter der Reaktion auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und auf die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse überhaupt. Johannes Hummel wurde noch deutlicher, als er auf der Sitzung des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft der CDU am 13. Dezember 1946 erklärte:

„Die VdgB sind eine ausgezeichnete Einrichtung, wenn ihre Leitung in den richtigen Händen liegt.“⁽²⁷⁾

Er meinte damit natürlich seine eigenen und die seiner reaktionären Komplizen. Doch die Mehrheit der bäuerlichen Mitglieder der CDU – Ende 1948 gehörten über 18 000 Unionsfreunde der VdgB an – hatte längst den großen Wert der VdgB und die Vorteilhaftigkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit in dieser Massenorganisation erkannt und handelte danach. Sie ließ sich nicht dazu mißbrauchen, die Zusammenarbeit im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien aufzugeben, worin letztlich das Ziel der Vertreter der Reaktion in der Leitung der CDU bestand. Durch ihre immer engere Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften machte die progressive Mehrheit der Mitglieder unserer Partei die Bestrebungen der Reaktion zunichte und trug damit zu ihrem Teil zur Herausbildung der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung in der DDR bei. Wir können feststellen: Zum Glück der Bauern wie der ganzen Nation blieb auch die VdgB in den objektiv richtigen Händen.

August Hillebrand, selbst Neubauer, trat auf der Sitzung des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft der CDU am 28. Februar 1947 den Machenschaften der reaktionären Kräfte gegenüber der VdgB entschieden entgegen und erklärte:

„Wenn in den VdgB nicht alles so ist, wie es sein sollte, so sind wir selbst daran schuld.“⁽²⁸⁾

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hatte in der deutschen Landwirtschaft seit über hundert Jahren feste Wurzeln gefaßt. Auch die Mehrzahl der der CDU angehörenden Bauern erkannte in der VdgB die der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechende Weiterführung des Genossenschaftsgedankens, ihre eigene Massenorganisation. Ihnen allen sprach Unionsfreund Fritz Brauer, damals selbst aktiver Funktionär in der VdgB, aus dem Herzen, wenn er auf dem 3. Parteitag der CDU 1948 erklärte:

„Die CDU arbeitet mit voller Überzeugung am organisatorischen und wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Ausbau der VdgB mit ... ‚Gegenseitige Hilfe‘ ist keine leere Bezeichnung, sondern eine klare Zweckbestimmung von hoher sittlicher Kraft, die christlichem Denken und christlichem Handeln vollkommen entspricht... Die Bodenreform ist ohne VdgB nicht zu einem glücklichen Ende zu führen... Dazu ist der Zusammenschluß aller bäuerlichen Betriebe in einem weitverzweigten Genossenschaftswesen notwendig, das alle im Bauerntum ruhenden Kräfte bis in ihre feinsten Verästelungen zu höchster Leistung entwickelt.“⁽²⁹⁾

8. Rücksichtnahme auf „gesamtddeutsche Belange“?

Während die fortschrittlichen Mitglieder der CDU immer mehr zu aktiven Mitgestaltern des friedlichen und demokratischen Neuaufbaus wurden, versuchten die reaktionären Kräfte, die Entwicklung zu bremsen und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Kaiser, Lemmer und ihre Gesinnungsfreunde trachteten danach, die Mitglieder an der Mitwirkung notwendig gewordener weiterer Schritte in der demokratischen Entwicklung abzuhalten, indem sie auf die angebliche Notwendigkeit einer „Rücksichtnahme auf gesamtddeutsche Belange“ verwiesen. Sie suchten damit den Eindruck zu erwecken, die Einheit Deutschlands sei dadurch zu erhalten bzw. wieder zu erreichen, daß beide Seiten „etwas nachgeben“. Für die agrarpolitische Entwicklung im Gebiet der heutigen DDR bedeutete das nichts anderes als den Versuch, die Ergebnisse der Bodenreform wieder rückgängig zu machen. Denn was war in den Westzonen bisher zur Durchführung einer demokratischen Bodenreform getan worden?

Hier hatten, entgegen dem Verlangen der landlosen und landarmen Bauern, die Junker und Monopolisten im Bunde mit den imperialistischen Besatzungsmächten die Bodenreform verhindert. Damit blieben die Positionen der Reaktion, blieb der Hort des deutschen Militarismus auf dem Lande unangetastet, und wichtige Verpflichtungen, die dem deutschen Volk von den Mächten der Antihitlerkoalition im Potsdamer Abkommen auferlegt worden waren, blieben unerfüllt. Das trug ursächlich zur Spaltung Deutschlands bei. Zwar wurden nach 1945 auch in den Westzonen Gesetze und Verordnungen über Bodenreformen erlassen; aber sie blieben lediglich ein Stück Papier und wurden später zum Teil sogar wieder aufgehoben.

Auf der Moskauer Konferenz der Außenminister 1947 hatten zwar auch die Vertreter der Westmächte dafür gestimmt, noch im gleichen Jahr in den Westzonen die Bodenreform durchzuführen. Die imperialistischen Besatzungsmächte hatten jedoch bereits dafür gesorgt, daß sich die alten, reaktionären Kräfte im Westen Deutschlands wieder restaurieren konnten, entgegen den Festlegungen des Potsdamer Abkommens, entgegen den Forderungen der fortschrittlichen Volksmassen. Eine Bodenreform hätte dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus einen schweren Schlag versetzt, aber gerade diesen Pfeiler der Reaktion förderten ja die Westmächte.

Nicht die Verhinderung weiterer Maßnahmen des gesellschaftlichen Fortschritts im Osten Deutschlands, sondern die Durchführung einer Bodenreform in den Westzonen lag im „gesamtdeutschen Interesse“, von dem Kaiser und Lemmer so gern sprachen. Aber gerade an der Entwicklung in Westdeutschland zeigte sich das hinterhältige Zusammenspiel der reaktionären Elemente in der Führung der CDU in den Westzonen und der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Der angebliche „dritte Weg“, den Kaiser und Lemmer gehen wollten, hätte den Feinden des Fortschritts, hätte den Kräften des Imperialismus Tür und Tor geöffnet. Es wäre der Weg geworden, der die Ergebnisse der Demokratisierung auf dem Gebiet der heutigen DDR rückgängig gemacht und der Reaktion wieder zur Macht verholfen hätte.

Im innerparteilichen Klärungsprozeß wurden die Bestrebungen der Reaktion durch die fortschrittliche Mehrheit der Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union vereitelt. Sie wurde dabei unterstützt durch die ganze Breite der antifaschistisch-demokratischen Volksbewegung.

9. Der Aufschwung bewies die Richtigkeit unseres Weges

Nach der Enteignung der Großgrundbesitzer, Kriegsverbrecher und aktiven Nazis waren zwar wesentliche politische Voraussetzungen für die demokratische Entwicklung auf dem Dorfe und für die freie Entfaltung der werktätigen Bauern gegeben; aber das schwere Erbe, das der faschistische Krieg und die Junkerherrschaft hinterlassen hatten, stellte insbesondere die Neubauern vor schwierige Aufgaben, deren schrittweise Lösung nur durch eine umfassende staatliche Unterstützung möglich war. Die vordringlichste Aufgabe bestand darin, alle Möglichkeiten zur schnellen Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion zu nutzen, um den dringenden Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln zu befriedigen. Das bezweckten vielfältige, gezielte staatliche Maßnahmen, die vor allem auf eine rasche Festigung der Neubauernwirtschaften wie auch der anderen bäuerlichen Betriebe gerichtet waren. Alle politischen und ökonomischen Maßnahmen dienten der weiteren Demokratisierung des Dorfes, der Festigung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern.

Die schweren Anfangsbedingungen für viele Neubauern, der Mangel an Saatgut, Vieh, Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, Wohnungen, Ställen und Gebäuden rief noch einmal die Zweifler und Gegner der Bodenreform auf den Plan. Sie glaubten ihre Zeit gekommen, noch einmal die Richtigkeit der Bodenreform in Frage zu stellen, Pessimismus zu säen und es als unmöglich hinzustellen, auf dem beschrittenen Wege die Ernährung der Bevölkerung zu sichern.

Auch in unserer Partei gab es harte Auseinandersetzungen mit den Gegnern unserer antifaschistisch-demokratischen, antiimperialistischen Entwicklung, vor allem mit großbäuerlichen Elementen, die ihre spezifischen Klasseninteressen durchzusetzen und die Entwicklung der werktätigen Bauern zu behindern suchten. Doch gestützt auf die Einheit aller demokratischen Kräfte, setzte die fortschrittliche Mehrheit der Mitglieder unserer Partei ihren Einfluß auch in der Führung der Partei immer mehr durch, was schließlich durch die Wahl Otto Nuschkes zum Parteivorsitzenden im Jahre 1948 auch nach außen hin sichtbar wurde.

Den unbeirrbaren Willen aller christlichen Demokraten, die Ergebnisse der demokratischen Bodenreform weiter zu festigen und mit ganzer Kraft zum Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands beizutragen, brachte August Hille-

brand auf dem 2. Parteitag (6. bis 8. September 1947) zum Ausdruck. Er wies nach, daß die „Vertrauenskrise“ zwischen der CDU und der Landwirtschaft nicht durch die Bodenreform, sondern durch das Wirken reaktionärer Kräfte bedingt war, und forderte:

„Wir brauchen nicht nur Helfer, wir brauchen Verteidiger der Bodenreform... Ich rufe die Partei weiter auf zur Entfaltung der Selbsthilfe im Neubauerntum. Dazu gehört auch die politische Schulung. Wir wissen ganz genau, das Neubauerntum ist in der Demokratie geboren worden, und wir wissen, daß das Neubauerntum von der Demokratie seine kräftigste Förderung und Festigung erhält. Und deshalb werden wir dafür sorgen, daß das Neubauerntum im demokratischen Gedanken mehr als bisher geschult und gefestigt wird.“³⁰⁾

Alle staatlichen Maßnahmen waren darauf abgestellt, die werktätigen Bauern nicht nur zahlenmäßig, sondern auch wirtschaftlich zur Hauptkraft im Dorfe werden zu lassen. Durch den zielstrebigsten Ausbau der aus den Maschinengenossenschaften der VdgB hervorgegangenen Maschinen-Ausleihstationen (MAS) erhielten die werktätigen Bauern große Hilfe und wurden aus der teilweisen Abhängigkeit von der Unterstützung der Großbauern bei der Bearbeitung des Bodens befreit. Das umfangreiche Neubauern-Bauprogramm, die großzügigen Neubauern-Kredite festigten die jungen Betriebe und schufen so die Voraussetzungen für eine vorwärtsstrebende Entwicklung, wie sie sich in der Erweiterung der Anbaufläche, der Erhöhung der Hektarerträge und der Vergrößerung der Viehbestände widerspiegelt. Das alles trug dazu bei, das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern immer mehr zu festigen und die politisch-moralische Einheit der ganzen Bevölkerung herauszubilden.

Auch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe hatte daran großen Anteil. Ihre Ortsausschüsse erlangten große Bedeutung bei der Festigung der Demokratie im Dorfe. Die Bestrebungen von Großbauern, sich über die VdgB ihre Vorherrschaft im Dorfe zu erhalten, wurden vereitelt. Da die Großbauern wie jeder andere den vollen Schutz der demokratischen Gesetze genossen, wurden auch sie — 1950 gehörten 25,8 Prozent der von Einzelbauern bearbeiteten landwirtschaftlichen Nutzfläche Betrieben mit mehr als 20 Hektar — in die Entwicklung der Landwirtschaft einbezogen. Immer mehr Großbauern erkannten das — wenn auch oft erst nach erheblichen inneren und äußeren Konflikten. Das förderte den Differenzierungsprozeß innerhalb dieser Schicht.

Die Mehrheit der Bauern wußte um ihre hohe Verantwortung für die Ernährung der Bevölkerung. Nach bedeutsamem

Aufschwung in den Jahren 1948/49 erreichte die Landwirtschaft in der DDR 1950 die Vorkriegs-Hektarerträge bei nahezu allen Feldfrüchten und den Schweinebestand von 1938. Nachdem die Leistungen der Landwirtschaft durch die Auswirkungen des Krieges auf weit unter die Hälfte abgesunken waren, war das ein großartiger Erfolg. Er war möglich geworden durch die umfassende staatliche Förderung und die immer engere und kameradschaftlichere Zusammenarbeit der werktätigen Bauern. Hier, vor allem in den MAS und in der Entwicklung des Genossenschaftswesens innerhalb der VdgB, lagen Keime für den Zusammenschluß zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, erwachsen Möglichkeiten für die Weiterführung der revolutionären Entwicklung durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft.

Lehren

Die Christlich-Demokratische Union in der damaligen sowjetischen Besatzungszone ging aus den Auseinandersetzungen mit reaktionären Elementen um die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Festigung ihrer Ergebnisse gestärkt und gefestigt hervor. Viele tausend Mitglieder wirkten aktiv bei der Vorbereitung, Durchführung und Festigung der Bodenreform mit. Durch ihre aufrechte demokratische Haltung, durch ihr Vertrauen in die führende Rolle der Arbeiterklasse und deren Partei, die damalige Kommunistische Partei Deutschlands und später die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, förderten sie den Differenzierungsprozeß innerhalb der Mitgliedschaft der CDU. Sie halfen, das bauernfeindliche, verräterische Doppelspiel reaktionärer Elemente, das auf die Erhaltung und Restaurierung der Besitz- und Machtverhältnisse der Junker und Großgrundbesitzer gerichtet war, zu entlarven.

Mit der Entmachtung der Hermes-Schreiber-Clique begannen die fortschrittlichen Kräfte in der CDU den Widerspruch zwischen der Führung und der demokratischen Mehrheit ehrlicher, aufrechter Mitglieder in der Partei zu lösen. Sie sicherten damit den einheitlichen Kurs der gesamten Partei, so wie er von der überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder schon mit der Gründung der Verbände und Ortsgruppen in den Ländern und Provinzen eingeschlagen worden war. Mit dem Sturz von Hermes und Schreiber verhinderten die Mitglieder der Partei, daß im Zusammenhang mit der Bodenreform die bewährte Zusammenarbeit im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien von reaktionären Kräften in der CDU-Führung aufgegeben und die Christlich-Demokratische Union zu einem Instrument der Restauration erniedrigt wurde.

Die fortschrittliche Mehrheit der Mitglieder unserer Partei hat sich zu jeder Zeit ehrlich und aktiv für die Ziele der demokratischen Bodenreform eingesetzt. Konsequenterweise führte sie den Kampf gegen alle restaurativen, revisionistischen Machenschaften der Reaktion in der Partei. In diesen Auseinandersetzungen entwickelten sich viele hervorragende, erprobte Kader, die für alle Zukunft einen klaren demokratischen, antiimperialistischen Kurs der Christlich-Demokratischen Union in brüderlicher Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Volkskräften bestimmen.

Worin sehen wir christlichen Demokraten die wesentlichen politischen und ökonomischen Ergebnisse der demokratischen Bodenreform?

- Die demokratische Bodenreform war das Ergebnis des konsequenten Kampfes der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern unter Beteiligung aller fortschrittlichen Schichten der Bevölkerung. Das sich immer mehr festigende Bündnis der Arbeiter und Bauern wurde zum sicheren Fundament der weiteren Entwicklung.
- Die demokratische Bodenreform entzog der Junkerkaste die politische und ökonomische Macht und beseitigte damit die Brutstätte des deutschen Imperialismus und Militarismus auf dem Lande. Sie machte den Weg frei für die friedliche und demokratische Entwicklung auf dem Lande.
- Die demokratische Bodenreform ermöglichte, die Agrarfrage in unserem Teil Deutschlands durch das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern im Sinne der Bauern zu lösen. Sie befreite die Bauern aus ihrer jahrhundertelangen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Abhängigkeit von den Junkern und Großgrundbesitzern.
- Die demokratische Bodenreform entsprach den ethischen Grundsätzen des Christentums, weil sie denen das Land zurückgab, deren Vätern es einst gehörte und die es seit jeher bewirtschafteten. Nicht die Bauern, sondern die Großgrundbesitzer hatten gegen das Gebot „Du sollst nicht stehlen“ verstoßen. Durch die entschädigungslose Enteignung wurde dieses historische Unrecht wiedergutmacht.
- In Westdeutschland dagegen verhinderten die herrschenden Kreise im Verein mit den imperialistischen Besatzungsmächten entgegen den Forderungen der landlosen und landarmen Bauern die Bodenreform. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens hintertrieben sie damit die Entmachtung der Junker und Militaristen und verhinderten die Demokratisierung auf dem Lande. Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben in Westdeutschland, endlich das jahrhundertalte Unrecht an den Landarbeitern, landlosen und landarmen Bauern zu tilgen und durch die Entmachtung der Großgrundbesitzer und Agrarmonopole auf dem Lande Voraussetzungen zu schaffen, die für eine friedliche und demokratische Entwicklung in ganz Westdeutschland erforderlich sind.

Aus diesem Abschnitt unserer Parteigeschichte erscheinen mir vier Komplexe für die künftige Arbeit unserer Partei besonders wichtig:

1. In der Auseinandersetzung innerhalb der Partei um die VdgB ging es damals nicht um ein Einzelproblem, sondern um eines der entscheidenden Prinzipien unseres Gründungsaufrufs – um die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse. Das harte Ringen der progressiven Kräfte unserer Partei zur Verteidigung und Durchsetzung dieses Grundsatzes war die erste Auseinandersetzung über die Frage, für wen die Formulierung im Gründungsaufruf „Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt“ nur ein Lippenbekenntnis und damit Tarnung antidemokratischer Ziele und für wen sie zur echten, unverlierbaren Lehre aus der Geschichte geworden war.

Auch heute hat sich die Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse, mit den in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Kräften immer wieder zu bewähren. Sie ist aber heute inhaltlich etwas völlig anderes als in der Anfangszeit unserer Partei. Damals ging es darum, den Führungsanspruch der Partei der Arbeiterklasse gegen alle Bestrebungen zur Restauration der alten gesellschaftlichen Verhältnisse durchsetzen zu helfen. Heute geht es darum, als treuer und bewährter Weggefährte der Arbeiterklasse und ihrer Partei mitzuhelfen, die besten Formen und Methoden zu finden und sie durchzusetzen, um die im Programm des Sozialismus abgesteckten Ziele in gemeinsamer, vertrauensvoller Arbeit zu erreichen.

2. Für viele unserer Freunde war die demokratische Bodenreform in erster Linie jenes von ihnen dankbar begrüßte Ereignis, das jahrhundertlanges Unrecht tilgte und sie endlich wieder zu Eigentümern von Grund und Boden machte. Die große Bedeutung der Bodenreform für die Ausrottung der Wurzeln des Militarismus sahen jedoch bei weitem noch nicht alle. Zwar war damals die Gefährlichkeit des Militarismus angesichts der Trümmer des zweiten Weltkrieges allen noch gegenwärtig, aber der Zusammenhang zwischen dem deutschen Militarismus und dem junkerlichen Großgrundbesitz war vielen unklar. Es ist den Vertretern der Arbeiterklasse zu danken, daß sie, gestützt auf ihre Kenntnisse der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze, konsequent den Weg der radikalen Entmachtung des Militarismus und Imperialismus auf dem Lande gingen. Heute ist es für unsere Freunde kein Geheimnis mehr, wie Kriege gemacht werden. Damals aber waren es in erster Linie die

Vertreter der Arbeiterklasse, die eingedenk der Lehren zweier Weltkriege sich auf keinen Kompromiß einließen und keine Halbheit duldeten, die zu einer Restauration jener Kräfte hätte führen können, die Schuld an diesen Kriegen trugen.

In Westdeutschland sind die Kräfte des Militarismus und Imperialismus nicht entmachtet worden. Wenn heute Westdeutschland der Hauptstörenfried in Europa geworden ist, wenn sich dort eine Regierung etablieren konnte, die jeden Fortschritt auf dem Wege zur Abrüstung und damit zur Friedenssicherung als „Tragödie“ für Deutschland bezeichnet, dann ist diese Situation auch eine Folge jener Fehlentwicklung, deren Beginn nicht zuletzt durch die Verhinderung der demokratischen Bodenreform in Westdeutschland eingeleitet wurde.

Das zeigt, wie dringend notwendig es in Westdeutschland ist, das nachzuholen, was wir auf dem Territorium der heutigen Deutschen Demokratischen Republik schon mit dem Neubeginn 1945 taten: die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und den Kräften des Militarismus und Imperialismus ein für allemal die Basis zu entziehen. Angesichts des Strebens nach Atomwaffen und des immer unverblümteren Auftretens der revanchistischen und imperialistischen Kreise in Westdeutschland ist das heute dringender denn je.

3. Die Einwände der damaligen Parteiführung unserer CDU gegen die konsequente Durchsetzung der Bodenreform, gegen das Bündnis von Arbeitern und Bauern liefen auf nichts anderes hinaus als auf einen sogenannten „dritten Weg“. Diese Illusion war damals unter vielen unserer Mitglieder noch verbreitet und wurde von der damaligen Parteiführung immer wieder genährt.

Heute ist uns klar, daß alle Vorstellungen eines „dritten Weges“ nur die feste Einheitsfront der antifaschistischen Kräfte sprengen und der Reaktion in die Hände arbeiten sollten. Die Parole von einem sogenannten dritten Weg war und ist letztlich nichts anderes als die Aufforderung, den bewährten Weg der Gemeinsamkeit zu verlassen. Es ist der Weg fort von der Seite der Arbeiterklasse – an die Seite der Reaktion, weg vom Freund – hin zum Feind.

Wenn es im Wahlauf Ruf der Nationalen Front vom 7. Juli 1965 heißt, daß sich „das eigentliche deutsche Nachkriegswunder“ „im Osten Deutschlands“ nur vollziehen konnte, „weil sich die Arbeiter die Hände reichten und der Zwietracht in ihrer Klasse ein Ende setzten“ und „weil

in der DDR im Demokratischen Block und in der Nationalen Front ein festes, unlösbares Bündnis der Arbeiter und Bauern mit allen anderen Werktätigen besteht“, dann ist in dieser von uns allen mitvollzogenen Entwicklung auch die klare Absage an die falschen Parolen eines „dritten Weges“ enthalten. Für uns gibt es nur einen Weg: den gemeinsamen Weg in die friedliche, sozialistische Zukunft unserer Nation.

4. Auch dieser Abschnitt unserer Mitarbeit bei der Lösung agrarpolitischer Aufgaben vermittelt uns die Erkenntnis, daß die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit die Hauptmethode für das Tätigwerden unserer Partei ist. Das wird immer wieder deutlich an den Knotenpunkten unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Gerade die kontinuierliche und ideenreiche Überzeugungsarbeit, die von vielen Freunden zur Unterstützung der demokratischen Bodenreform bis hin zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft geleistet wurde und noch heute geleistet wird, war die beste und spezifische Methode der Arbeit, die wir zur Lösung dieser entscheidenden Aufgabe anwenden konnten und mußten. Das gilt es gerade gegenwärtig mit allem Nachdruck hervorzuheben, weil verschiedentlich in unserer Partei diese Seite unserer Arbeit unzulässigerweise vernachlässigt worden ist.

Wenn wir sagen, daß die Überzeugungsarbeit an den wichtigen Knotenpunkten unserer Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist, dann heißt das aber nicht, daß sie kampagnemäßig betrieben werden soll. Im Gegenteil, sie muß systematisch und beharrlich geleistet werden. Es ist falsch, anzunehmen, daß ein Freund, der einmal von der Richtigkeit und Notwendigkeit eines Schrittes überzeugt worden ist, auch jeden weiteren Schritt aus der gleichen Überzeugung mittun wird. Wir alle kennen Freunde, von denen wir glaubten, sie fest für uns gewonnen zu haben, und die dann doch wieder schwankend geworden sind, nur weil wir sie sich selbst überlassen haben! So gut und notwendig der fachliche Rat zur Durchsetzung einer Maßnahme ist, das klärende und helfende Wort zur Begründung dieser Maßnahme ist und bleibt entscheidend.

Quellenhinweise

- 1) Die Bodenreform in Deutschland, Deutscher Bauernverlag 1947
- 2) Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union, Berlin, Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes mit der Arbeitsgemeinschaft Land- und Forstwirtschaft, 31. August 1965 in Berlin, Protokoll
- 3) Deutsche Volkszeitung, Berlin, 21. Oktober 1945
- 4) Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland 1945–1948, Seite 133/134
- 5) Volkszeitung, Schwerin, 7. Oktober 1945
- 6) Bodenreform – Junkerland in Bauernhand, Berlin 1945
- 7) Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU – Mappe Landwirtschaft
- 8) Historisches Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (in der Folge HA bezeichnet), Akte 161, o. S.
- 9) ebenda
- 10) Archiv des Verbindungsbüros des Demokratischen Blocks beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin, Mappe V/4 o. S.
- 11) Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, MdI, Nr. 458
- 12) Archiv des Verbindungsbüros des Demokratischen Blocks beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin, Mappe V/4, o. S.
- 13) HA, Akte 117, Entwurf Dr. Schreibers zur Agrarreform
- 14) HA, Akte 117, „Die ernährungswirtschaftliche Seite der Agrarreform“
- 15) HA, Akte „CDU-Ausschüsse – Protokolle 1945–1949“, Seite 539
- 16) Volkszeitung, Halle, Nr. 36, 23. September 1945
- 17) HA, Akte 161, o. S.
- 18) Zentralkomitee der KPD, Vortragsdisposition Nr. 9 „Bodenreform“
- 19) HA, Akte 77, Schreiben von Dr. Hermes an Wilhelm Pieck vom 6. Dezember 1945 (Abschrift)
- 20) Neue Zeit, Nr. 130, vom 21. Dezember 1945
- 21) Neue Zeit, Nr. 131, vom 22. Dezember 1945
- 22) Walter Ulbricht, Die Bauernbefreiung in der DDR, Bd. I, Seite 70/71
- 23) Landeshauptarchiv Dresden, Ministerium für Landwirtschaft, Nr. 7/1437, o. S.

- 24) Deutschland und die Union, Die Berliner Tagung 1946, Reden und Aussprache, Seite 107–111
- 25) Archiv des Zentralvorstandes der VdgB, Akte I–11, Hefter 31
- 26) Berliner Tagung der Union, Die EntschlieÙungen, Seite 14
- 27) HA, Akte „CDU-Ausschüsse – Protokolle 1945–1949“, Seite 105
- 28) ebenda, Seite 111
- 29) Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Akte „Landwirtschaft“, o. S.
- 30) Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Protokoll des 2. Parteitages vom 6.–8. 9. 1947, o. S.

- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925-1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz - das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit - Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit - Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz - Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken
Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für
Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem
4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dres-
den). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 134 Wolfgang Heyl: Drei Parteitage – Worte und Wirklichkeit
in der Politik der CDU/CSU
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische
Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für
Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach – Deutschland und der
Geist von Potsdam
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich
wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalver-
sammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung
der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung
des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutsch-
lands Zukunft